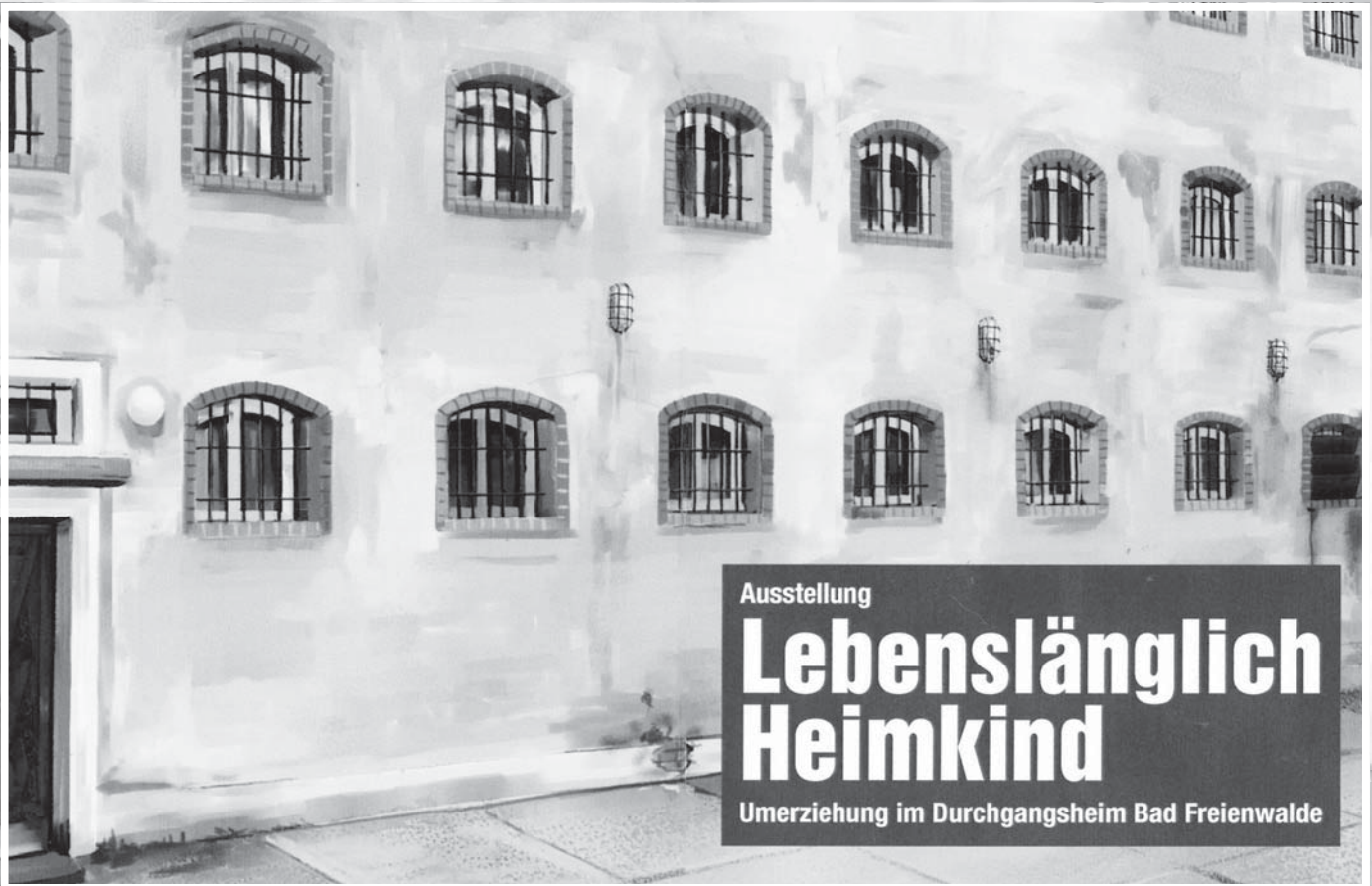


der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2020



Recht: Bestandsaufnahme

Heute Hongkong – morgen Taiwan?

Die letzte Adresse

Aktuell

- 3 Stellungnahme
Kommentar

Recht

- 4 Besorgniserregende Bestandsaufnahme

International

- 6 Heute Hongkong – morgen Taiwan?
Zusammenhalt gegen Menschenrechte

Aufarbeitung

- 7 Von den Nazis verfolgt, von den Sowjets ermordet
8 Die letzte Adresse
9 Dritte „Letzte Adresse“ in Deutschland

Berichte

- 10 Den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken
Ohne Plan?
11 Freistellung Siegfried Reiprichs als Geschäftsführer

Ehrungen

- 12 Alexander Latotzky
Gisela Lotz

Verbände

- 13 Bautzen-Treffen 2020
Malchow
Einladung
Suchanzeige
Stasimuseum Berlin
14 Tribunal Zwangsarbeit
15 Geheimdienst-Keller soll saniert werden
Härtefallfonds ausgeschöpft
16 Allzeit bereit...
Neuer Vorstand
17 Offener Brief
Abschied

Service/Bücher

- 18 Operation Z
19 Eine Hoffnung lernte laufen
Herbstjahr

Umschlagbild

Ausstellung in Bad Freienwalde, im „OFFI“, Berliner Straße 75, 16259 Bad Freienwalde, vom 4. September 2020 bis 16. Dezember 2021; Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do 10.00 – 12.00 Uhr, Di, Fr 10.00 – 21.00 Uhr, Sa 13.00 – 18.00 Uhr

Foto: Matthias Coors/®Jens Scherer, Karsten Herold

Warum brauchen wir einen Opferbeauftragten?

Der Deutsche Bundestag wird Ende September unter anderem beschließen, einen Beauftragten für die Opfer der kommunistischen Diktatur durch den Bundestag zu berufen. Es werden ab und an die Fragen gestellt, ob das nötig ist, und ob das ein Ersatz für den Wegfall des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sein soll. Die Antwort lautet: Ja, wir brauchen einen Opfer-Beauftragten, und nein, es ist kein Ersatz für den Wegfall des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Wir haben in der Vergangenheit große Mühe gehabt, die berechtigten Interessen und Forderungen der verschiedenen Opfergruppen im Deutschen Bundestag an den Mann oder an die Frau zu bringen. Es ist vor allem ein Verständnis- und Vermittlungsproblem. Wer selbst nicht in der DDR gelebt hat und bisher keinerlei Kontakte mit Stasi und SED hatte, der kann sich kaum vorstellen, wie tiefgreifend und wie weitreichend in alle gesellschaftlichen und privaten Bereiche hinein diese Diktatur gewirkt und Menschen verletzt hat. Die Beschlüsse, die der Deutsche Bundestag und der Bundesrat im vergangenen Herbst im Interesse der Opfer von SED und Kommunismus gefaßt haben, wären nicht zustande gekommen, wenn es uns nicht gelungen wäre, in einem begrenzten Zeitraum die Bereitschaft anlässlich von 30 Jahren Mauerfall und 30 Jahren deutsche Einheit zu nutzen, um einen Teil unserer wichtigen Anliegen in Gesetzes-

form zu gießen. Wir sind aber noch längst nicht am Ziel.

Für viele Menschen ist überhaupt nicht vorstellbar, in welchem Ausmaß die Diktatur das Leben in der DDR beherrscht hat. Das betrifft nicht nur Politiker, sondern auch den Durchschnitt der Bevölkerung, und hier unterscheiden sich die neuen und die alten Bundesländer kaum. Denn auch viele Menschen in der DDR, die nicht mit der SED und ihren Organen in Konflikt gerieten, können sich bis heute noch nicht vorstellen, was anderen widerfahren ist.

Darum brauchen wir eine Person, der unsere tatsächlichen Probleme vertraut sind und die nicht nur zuhört, sondern bewertet und unsere Anliegen und Forderungen politisch sprach- und entscheidungsfähig macht. Ich freue mich jedenfalls, daß es uns gemeinsam gelungen ist, in der Politik die Bereitschaft zu schaffen, uns einen Beauftragten für unsere Anliegen an die Seite zu stellen. Dieser Mann oder diese Frau wird keine Wunder vollbringen, so viel ist klar, aber er oder sie wird uns zuhören mit Geduld und Sachverstand, und wird das, was machbar ist, mit uns gemeinsam politisch durchfechten.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen und vor allen Dingen mit dem Wunsch, bleiben Sie gesund!

Ihr Dieter Dombrowski

Stellungnahme

6. August 2020

Keine Fortschritte auf dem ehemaligen Stasi-Gelände in Berlin-Lichtenberg

Wirkliche Fortschritte auf dem ehemaligen Stasi-Gelände sind auch drei Jahre, nachdem die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Standortkonferenz einberufen hat, nicht auszumachen. Nach wie vor ist der Eingangsbereich zum Gelände an der Frankfurter Allee durch eine verwahrloste, leerstehende Immobilie charakterisiert, sind denkmalgeschützte Gebäude nicht saniert oder stehen leer. Für Tausende Quadratmeter in leerstehenden Gebäuden ist kein plausibles Konzept erkennbar.

Wir verkennen nicht, daß Stadt- und Immobilienentwicklung langwierige Prozesse sind. Aber der kritikwürdige Zustand dauert nun schon seit Jahrzehnten an. Die Standortkonferenz hat nicht zu einer wirklichen Belebung der Zukunftsdiskussion geführt. Statt Transparenz herzustellen und Konzepte kontrovers und konstruktiv zu diskutieren, ist die sogenannte Konferenz immer stärker zu einer Hinterzimmermauscherei verkommen. Wesentliche Vorabsprachen werden nicht offengelegt. Statt, wie im Sanierungsgebiet gefordert, die Planungen öffentlich zu diskutieren, haben sich die Beteiligten geeinigt, die Bürgerbeteiligung möglichst kurz zu halten. Zitat: „ursprüngliches Vorhaben eine frühzeitige Beteiligung für die

Fortschreibung der Sanierungsziele dieser Sanierungsinsel aktuell nicht sinnvoll.“ (Protokoll, FAN- JF 21.1.2019)

Die Corona-Krise wurde genutzt, um die Standortkonferenz-Beiräte auszutrocknen und eine Beteiligung der Öffentlichkeit nicht stattfinden zu lassen. Ein seit Monaten angekündigtes bauhistorisches Gutachten wird nicht veröffentlicht. Offenbar passen die Erkenntnisse den Planern nicht. Statt eine offene Fachdiskussion zu führen, wird die Sanierungsplanung mitten in den Sommerferien nur elektronisch offengelegt, um sie nach der Sommerpause eilig beschließen zu können.

Das ehemalige Stasigelände symbolisiert die Entwicklung der Stasi zum größten Überwachungsapparat des Ostblocks. Architektonisch wie funktional spiegelt das Ensemble wie in einem DDR-Architekturmuseum die Überformung des bürgerlichen Alt-Lichtenbergs durch die Gebäude einer modernen Überwachungsbürokratie. In seiner Gesamtheit – nicht nur durch einzelne denkmalgeschützte Gebäude – steht es für eine widersprüchliche Einheit aus altmodischen und modernen Überwachungspraktiken. Natürlich kann und soll das Gelände nicht als Ganzes musealisiert werden. Aber die

Erneuerung und Weiterentwicklung muß intelligent, transparent und im Konsens erfolgen und den Bestand des Ensembles im Grundsatz respektieren.

Wir fordern:

- Offenlegung des bauhistorischen Gutachtens vor der Festlegung weiterer Planungsschritte
- Ensembleschutz für den Geländekern
- Modernisierung und Neubau müssen sich in den Bestand einfügen
- Kein Abriss von funktional und bauhistorisch bedeutsamen Teilen des Ensembles
- Ein städtebauliches Verfahren mit Wettbewerben für wichtige Teile des Areals
- Offenlegungen der geheimen Vereinbarungen zwischen Bund und Senat
- Sofortige Instandsetzung der denkmalgeschützten Häuser in Besitz des Bundes
- Zugänglichmachung der Bunker
- Offenhaltung der Baulücke (ehem. Haus 6) gegenüber dem Gefängnis in der Magdalenstraße als Sichtachse und zur Durchwegung
- Ideenwettbewerb für die leerstehenden Großkomplexe in konstruktivem Zusammenspiel mit den Eigentümern

ASTAK e.V./Stasi-Museum,
Jörg Drieselmann, Bürgerkomitee 15.
Januar e.V., Christian Booß, Osteuropa-
Zentrum Berlin e.V., Detlef Stein, Union
der Opferverbände kommunistische
Gewaltherrschaft e.V., Dieter
Dombrowski

Kommentar

SED-Opfer hat es nie gegeben

Nina Hager leugnet die DDR-Realität

Die 1968 gegründete „Deutsche Kommunistische Partei“ hatte laut „Verfassungsschutzbericht 2019“ im Jahr zuvor 2850 Mitglieder. Ehrenvorsitzender ist der vor Jahrzehnten verstorbene Altkommunist Max Reimann (1898-1977). Das „Zentralorgan“ ist das wöchentlich in Essen erscheinende Parteiblatt „Unsere Zeit“ mit einer verkauften Auflage von 6000 Exemplaren. Die Zahl derer, die die Zeitung lesen, ist also mehr als doppelt so hoch wie die Anzahl der Parteimitglieder. Chefredakteurin war in den Jahren 2012/16 die aus Ostberlin stammende Nina Hager.

Sie ist die 1950 geborene Tochter Kurt Hagers (1912-1998), eines SED-Spitzenfunktionärs, der 1963/89 als Leiter der „Ideologischen Kommission beim ZK der SED“ die Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre zu überwachen hatte. In den letzten Jahren vor dem Mauerfall 1989 wurde er als „Tapeten-Hager“ verspottet, weil er den Moskauer Reformkurs nicht anerkennen wollte.

In der UZ-Ausgabe vom 24. Juli verhöhnnte Nina Hager die SED-Opfer, die es, ihrer Ansicht nach, nicht gegeben hat, weshalb sie das Wort auch in Anführungszeichen setzt. Schon allein das Ansinnen dreier Bundestagsabgeordneter, davon zweier aus den neuen Bundesländern, einen Bundesbeauftragten für die SED-Opfer zu benennen, sobald im Sommer 2021 die Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen in Berlin aufgelöst ist, versetzt sie in helle Aufregung.

So nimmt sie es der 1965 in Magdeburg geborenen, heute in Sangerhausen lebenden Katrin Budde, die seit 2017 der SPD-Bundestagsfraktion angehört, übel, sich in dieser Sache zu engagieren, weil sie „noch in der DDR erfolgreich ein Ingenieursstudium abschließen konnte“.

Daß den SED-Opfern, bei sinkender Zahl ehemaliger DDR-Häftlinge, heute erneute Aufmerksamkeit geschenkt wird, kann nur begrüßt werden. Nina Hager ist da ganz anderer Ansicht: „Das Interesse an der Delegitimierung der DDR und der SED bleibt ungebrochen.“

Jörg Bernhard Bilke

Besorgniserregende Bestandsaufnahme

Über die Auslegung des novellierten § 10 Absatz 3 Satz 1 StrRehaG in der Rechtspraxis

Seit dem 29. November 2019 ist die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze in Kraft getreten (BGBl. I, S. 1752). Der Verfasser hatte im Stacheldraht Nr.9/2019 eine allgemeine Übersicht über alle neuen Regelungen erarbeitet.

Insbesondere im Hinblick auf die Regelungen zu Betroffenen von Spezialheimen oder ähnlichen Einrichtungen wurde darauf hingewiesen, daß die Gefahr bestünde, daß einige Gerichte auch durch die neuen Formulierungen sich nicht von ihrer Linie abbringen lassen könnten.

Seit dem Inkrafttreten der Novellierung gab es zu dieser Problematik nun eine Handvoll Beschlüsse, deren Inhalt hier wiedergegeben und besprochen werden soll.

Zur Erinnerung, im neu eingeführten § 10 Absatz 3 Satz 1 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) heißt es: „Es wird vermutet, daß die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, wenn eine Einweisung in ein Spezialheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, in der eine zwangsweise Umerziehung erfolgte, stattfand.“

Die entsprechende Gesetzesbegründung (BT-Drs. 19/14427) lautet: „Im Fall der Einweisung eines Kindes oder eines Jugendlichen in ein Spezialheim, in denen ein System herrschte, das sich aus strengster Disziplinierung, entwürdigenden Strafen, genauester Kontrolle des Tagesablaufs, Abschottung von der Außenwelt und ideologischer Indoktrination zusammensetzte, und in dem das Kind oder der Jugendliche zur bedingungslosen Unterwerfung unter die staatliche Autorität gezwungen werden sollte, wird vermutet, daß die Anordnung der Unterbringung der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene.“

Weiter heißt es: „Beide Vermutungen können durch die Feststellung widerlegt werden, daß die Anordnung aus anderen Gründen, wie beispielsweise Fürsorgeerwägungen oder zur Vollstreckung einer Jugendstrafe, erfolgt ist.“

Insbesondere diese Formulierung war es, die die Bedenken eines Umdenkens der Gerichte begründete.

Und so wie die wenigen seit dem Inkrafttreten der Novellierung erfolgten Beschlüsse zeigen, hat sich die Befürchtung leider zum Teil bestätigt.

So der Fall beim Landgericht Potsdam. In einem Beschluß vom 26. Mai 2020 (BRH 54/17) hat das Gericht festgestellt, daß die Vermutungsregelung bei der Einweisung in ein Spezialkinderheim widerlegt sei, wenn eine Gefährdung des Kindeswohls bestanden hätte. In dem konkreten Fall gab es zwar Erziehungsschwierigkeiten, und die Eltern baten beim Referat Jugendhilfe auch um Unterstützung, die Betroffene war aber in keiner Weise straffällig oder dergleichen geworden. Dennoch wurde die Betroffene direkt in ein Spezialkinderheim eingeliefert. Weil es zuvor einen gescheiterten Umschulungsversuch gegeben hatte, hat das Gericht entschieden, daß die Einweisung in ein Spezialkinderheim sich als durch erzieherische Erwägungen veranlaßte, nicht rechtswidrige Maßnahme der Jugendhilfe darstellt, die keine sachfremden Zwecke verfolgte.

In seiner Begründung geht das Gericht mit keinem Wort darauf ein, daß die Betroffene zunächst in ein Normalkinderheim hätte eingeliefert werden müssen. Für das Landgericht Potsdam reichen somit Erziehungsschwierigkeiten für die Einweisung in ein Spezialkinderheim aus. Das Gericht zeigt damit, daß es die neue Regelung im Gesetz zwar zur Kenntnis genommen hat, aber ein Umdenken in seinen Entscheidungen nicht für geboten hält. Es wird sich zeigen müssen, ob auch das Oberlandesgericht des Landes Brandenburg der aus hiesiger Sicht fehlerhaften Einschätzung des LG Potsdam folgen wird.

Sehr bedauerlich ist auch eine ganz aktuelle Entscheidung des Oberlandesgerichts Naumburg vom 14. Juli 2020 (1 Ws (Reh) 13/20).

Rückblick: Das OLG Naumburg hatte in einer zumindest für das Land Sachsen-Anhalt wegweisenden Entscheidung am 3. Dezember 2015 (2Ws(Reh)45/15) festgestellt, daß die Einweisung in ein Spezialkinderheim in der Regel unverhältnismäßig ist, wenn der Betroffene sich nicht gemeingefährlich verhalten oder erhebliche Straftaten begangen hatte. Dies führte dazu, daß nahezu alle Anträge auf Rehabilitierung zum Erfolg führten.

In der nun aktuellen Entscheidung weicht das OLG Naumburg jetzt offensichtlich von seiner bisherigen Rechtsprechung ab, was naheliegendermaßen liegen könnte, daß der für die bis dato opferfreundliche Rechtsprechung verantwortliche Richter am OLG Naumburg in den Ruhestand getreten ist. Im konkreten Fall hatte der in einem Normalheim untergebrachte Betroffene im Alter von zwölf Jahren 1983 u.a. Diebstahlshandlungen begangen. Der Jugendhilfeausschuß entschied daraufhin, den Betroffenen in ein Spezialkinderheim einzuweisen.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des OLG Naumburg, welche ja eine „massive Straffälligkeit“ (Beschluß vom 21. März 2016, 2 Ws (Reh) 8/16) der Betroffenen forderte, wäre der Antragsteller wohl aller Voraussicht nach rehabilitiert worden, denn selbst wenn man die Handlungen des Betroffenen als „massiv“ einstufen würde, war der Betroffene zu diesem Zeitpunkt zwölf Jahre alt und somit auch nach DDR-Recht nicht straffähig.

Nun hat das OLG Naumburg aber der Beschwerde nicht stattgegeben und den Rehabilitierungsantrag zurückgewiesen. Dabei geht das Gericht auf seine bisherige Rechtsprechung erst gar nicht ein, sondern wendet § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG vorrangig an und prüft, ob die Vermutung der Rechtsstaatswidrigkeit einer Einweisung in ein Spezialheim widerlegt ist, was, wie oben beschrieben, nach der Gesetzesbegründung ja bereits dann der Fall sein soll, wenn der Einweisung „Fürsorgeerwägungen“ zugrunde lagen.

In seiner sehr kurzen Entscheidung schreibt das Gericht: „Der Antragsteller hat sich strafbar gemacht“, und weiter: „Bei einer Gesamtschau der vorliegenden Schriftstücke und den Äußerungen und Erklärungen des Betroffenen kann jedenfalls die Entscheidung des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.1983 nicht als willkürlich und rechtsstaatswidrig angesehen werden.“

Dem Verfasser ist es unerklärlich, wie es zu dieser äußerst peinlichen Äußerung kommen konnte. Die Richter am OLG Naumburg scheinen nicht zu wissen, was fast jede Bürgerin und jeder Bürger weiß: Ein Zwölfjähriger kann sich gar nicht strafbar machen. Wie das Gericht diese Peinlichkeit erklärt, wird sich noch zeigen

müssen. Es wird aber wohl leider nicht zu einer anderen Beurteilung führen.

Somit führt die Gesetzesänderung vom November, die eine Verbesserung für Spezialheimkinder bringen sollte, zumindest im Land Sachsen-Anhalt zu einer massiven Verschlechterung der Rechtslage für Spezialheimkinder, weil sich nahezu jeder Spezialheimaufenthalt mit Fürsorgeerwägungen rechtfertigen läßt. Für Betroffene, die in das Zuständigkeitsgebiet von Sachsen-Anhalt fallen, wäre es also besser gewesen, es hätte keine Gesetzesänderung gegeben und es bei der bisherigen Rechtsprechung geblieben wäre.

Anders gehen die Gerichte in Chemnitz und Rostock mit der Gesetzesänderung um.

Das Oberlandesgericht Rostock hat in seinem Beschluß vom 12. Februar 2020 (22 Ws Reha 2/20) die Vermutung aus § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG nicht als widerlegt angesehen, nur weil die Jugendhilfe von Erziehungsschwierigkeiten sprach. „Damit steht jedoch nicht fest, daß nicht auch eine politische Verfolgung oder sonst sachfremde Zwecke eine Rolle spielten“, heißt es in dem Beschluß. Zudem sei erwähnt, daß das OLG Rostock den § 10 Abs. 3 StrRehaG angewendet hat, obwohl zum Zeitpunkt des Inkrafttretens das Verfahren schon anhängig war, mit der Begründung, weil es an einer gesetzlichen Übergangsregelung fehlt.

Auch das Landgericht Chemnitz hebt die Vermutung nicht so einfach aus. Dies

wird aus zwei Beschlüssen des Landgerichts aus dem Februar deutlich (LG Chemnitz, Beschluß vom 14. Februar 2020 – BSRH 60/13 und LG Chemnitz, Beschluß vom 27. Februar 2020 – BSRH 30/20). In beiden Verfahren wurden von Seiten der Antragstellerinnen auf die am 29. November 2019 in Kraft getretene Änderung des StrRehaG, insbesondere auf die gesetzliche Vermutung des § 10 Abs. 3 StrRehaG hingewiesen. Ohne weitere Begründung hat das Gericht aufgrund dieser gesetzlichen Vermutungsregel aus § 10 Abs. 3 StrRehaG dem Antrag auf Rehabilitation stattgegeben.

Die beiden Beschlüsse aus Chemnitz geben auch über die Problematik des „Zweitenantrags“ Auskunft.

Bei dem Beschluß vom 14. Februar 2020 handelte es sich um ein zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Regelungen bereits laufendes Verfahren. Die Antragstellerin war im Jahr 2014 mit einer Rehabilitation gescheitert und hatte im November 2018 einen Wiederaufnahmeantrag gestellt. Im Rahmen der Anhörung berief sich die Antragstellerin dann auf die neuen Regelungen, welche ab dem 29. November 2020 gelten würden. Das Gericht deutete daraufhin den Wiederaufnahmeantrag als „Wiederholungsantrag“ gemäß § 1 Abs. 6 Satz 2 StrRehaG um und rehabilitierte die Antragstellerin.

Ähnlich in dem Beschluß des LG Chemnitz vom 27. Februar 2020. Dort hatte die Antragstellerin, nachdem ihr erster Antrag im Jahr 2018 abgewiesen wurde,

nach dem Inkrafttreten der neuen Regelungen einen Wiederaufnahmeantrag mit dem Hinweis auf die gesetzliche Vermutungsregel gemäß § 10 Abs. 10 StrRehaG gestellt. Auch hier legte das LG Chemnitz den Antrag der Betroffenen als „Wiederholungsantrag“ gemäß § 1 Abs. 6 Satz 2 StrRehaG aus und rehabilitierte diese.

Diese Auslegung vom LG Chemnitz, die ja de facto einem „Zweitenantragsrecht“ gleichkommt, ist zwar für die Betroffenen sehr günstig und daher sehr zu begrüßen, ob andere Gerichte dieser folgen, muß aber leider bezweifelt werden. Die Zweifel ergeben sich aus dem bisherigen Umgang der (anderen) Gerichte mit dem § 1 Abs. 6 Satz 2 StrRehaG. Hinzu kommt die unmißverständliche aktuelle Gesetzesbegründung, die zu dem Thema Zweitantragsrecht folgendes aussagt: „Das strafrechtliche Rehabilitierungsverfahren ist ein gerichtliches Verfahren und endet mit einer gerichtlichen Entscheidung. Ein Zweitantragsrecht ist damit nicht vereinbar.“

Die weiteren Entwicklungen in der Rechtsprechung müssen also weiterhin genauestens verfolgt und gegenüber der Politik kommuniziert werden. Betroffene sollten sich jetzt jedoch nicht abschrecken lassen und nicht davor scheuen, Anträge auf Wiederaufnahme oder eben auch Wiederholungsanträge mit Verweis auf die Rechtsprechung des Chemnitzer Landgerichts zu stellen. Gerne unterstützt Sie dabei unsere Beratungsstelle (vgl. Seite 19).

Benjamin Baumgart



Oberlandesgericht Naumburg.

Heute Hongkong – morgen Taiwan?

Deng Xiaoping (1904–1997) wollte die Vereinigung der Volksrepublik China mit dem Inselstaat Republik China (Taiwan) mit seinen 23 Millionen Einwohnern eigentlich bis 1990 abgeschlossen haben. Dabei lehnte er es ab, Gewalt auszuschießen, doch vor einem direkten militärischen Konflikt schreckte er zurück.

Da Peking bei der jetzt erfolgten Einverleibung Hongkongs ganz offenbar auf keinen Widerstand des Auslandes stieß, werden sich die Führer der KPCh bestärkt fühlen, weitere Fakten zu schaffen in Form einer auch kriegerischen Eroberung

in der Formosastraße und Cyberwar-Attacken sind nicht zu übersehende militärische Drohungen.

Das Verteidigungsministerium in Taipeh rechnet mit einem Angriffskrieg der Volksbefreiungsarmee Pekings. Daß ein solcher in Kürze erfolgt, ist allerdings nicht wahrscheinlich: Einmal muß Hongkong der Volksrepublik in jeder Weise angeglichen werden, man hat zudem die durch das Virus entstandenen wirtschaftlichen Schäden zu minimieren und wird die Wahlen in den USA abwarten in der – sicherlich trügerischen – Hoffnung, der neue Präsident werde in der Taiwan-Frage weniger hart sein als der jetzige.

Gefährlich könnten die Sommermonate 2021 mit dem 100. Geburtstag der KP Chinas sein: Bis dahin will Präsident Xi Jinping die 50 Millionen Arbeitslosen und Wanderarbeiter abgeschafft haben, was nach jetzigem Sachstand nahezu unmöglich scheint. Um notwendige Erfolge vorweisen zu können, könnte er, weil seine Machtfülle größer ist als einst jene Mao Tse-tungs, die Taiwan-Frage zu lösen versuchen, ist die Vereinigung doch für ihn eine „unausweichliche Voraussetzung“ für „die große Erneuerung Chinas“.

Bei seiner militärischen Intervention hofft Peking auf einen äußerst kurzen Krieg. Nach dem Verteidigungsminister Taiwans würden seine 290 000 Soldaten selbständig „einen Monat“ durchhalten, wobei das Schwergewicht auf seiner Lufthoheit über Taiwan liegt. Die Streitkräfte sind mit modernsten US-Waffen ausgerüstet, es gibt eine erweiterte Zusammenarbeit mit US-Truppen, in den Häfen der Insel liegen Kriegsschiffe der USA.

Innerhalb dieser Monatsfrist rechnet man mit einem Eingreifen Washingtons. Nach dem 1979 mit Taipeh abgeschlossenen „Taiwan Relations Act“ verpflichteten sich die Vereinigten Staaten, dem Inselstaat beizustehen, wenn dessen Sicherheit bedroht ist. Aus neuerer Zeit verlautet, sämtliche Versuche, Taiwan „mit anderen Mitteln als friedlichen“ zu erreichen, würden die USA „mit schwerer Sorge“ sehen; diese, allerdings vage Formulierung wertet man als militärischen Beistand im Falle eines Angriffs.

Allerdings sind diese Worte aus Washington nicht unumstritten. Hohe US-Militärs sehen in einem solchen Vorgehen Pekings einen direkten Kriegsfall, während Diplomaten eine Minimierung der militärischen Unterstützung Taiwans und eine politische Lösung mit Peking anstreben.

Natürlich könnten die präzisen Langstreckenraketen der Volksrepublik in den ersten Stunden des Krieges fast alle Stützpunkte der nordamerikanischen Streitkräfte unbrauchbar machen, um einen „Fait-accompli“-Sieg zu erreichen, bevor die US-Truppen antworten können. Daß dies jedoch einen vernichtenden Gegenschlag der USA zur Folge hätte, wird man in Peking sicherlich wissen.

Vielleicht wird schon bald die Zukunft erweisen müssen, ob Xi in seiner Machtgier wirklich den letzten Schritt wagen wird und ob andererseits der US-Präsident sich an die eingegangenen Verpflichtungen der USA gebunden fühlt. Zumindest sind zwei amerikanische Flugzeugträger unterwegs „in Richtung China“, und ein britischer Flugzeugträger soll Anfang Januar in den Südpazifik geschickt werden...

Friedrich-Wilhelm Schломann

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Neue Deister Zeitung ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

ung Taiwans. Obwohl dieses niemals zur Volksrepublik gehörte, sieht Peking es als „abtrünnige Provinz“, als „festen Bestandteil Chinas“. Jegliche Verhandlungen darüber sowie über den jetzigen Status quo lehnen die Machthaber in Peking schroff ab. Die Präsidentin Taiwans, Tsai Ing-wen, fordert als deren Voraussetzung die Demokratisierung des kommunistischen Riesenreiches sowie die Beendigung der Gewaltdrohungen. Obwohl der Inselstaat faktisch unabhängig ist und über 80 Prozent der jüngeren Menschen dies auch offiziell einfordern, geht sie diesen Schritt nicht: Peking würde dies als „ultimative Provokation“ und als Kriegserklärung werten.


Da eine friedliche Verständigung unmöglich scheint, erhöht Peking auf verschiedenste Weise den Druck auf Taipeh. Ohnehin ist man dort zu 60 Prozent wirtschaftlich von Festland-China abhängig, umgekehrt ist dieses in seiner Spitzen-Technik abhängig von Taiwan. Die häufigen Verletzungen des Luftraums Taiwans, das Auftauchen von Flugzeug-

Zusammenhalt gegen Menschenrechte

(igfm)Wie Pech und Schwefel können kommunistische und autoritäre Staaten zusammenhalten, wenn es gegen die Menschenrechte geht. Das zeigte jüngst wieder das folgende Beispiel.

Vor dem UN-Menschenrechtsrat verurteilte Kuba mitsamt 53 weiteren

Staaten in einer Erklärung das chinesische „Sicherheitsgesetz“ für Hongkong.

Darunter waren Nordkorea, Venezuela, Eritrea, Ägypten, Marokko und Syrien. Nur 27 westliche Länder (mit Australien und Japan) kritisierten das Gesetz, das die Freiheit Hongkongs zerstört. 

Von den Nazis verfolgt, von den Sowjets ermordet

Gedenkveranstaltung für Dr. Helmut Sonnenschein in Naumburg

Am 17. Juli 2020 im Vorgarten des Hauses Nr. 7 in der Köseiner Straße in Naumburg hatten sich ca. 30 Menschen versammelt. Kränze, frische Blumen und ein Grablicht standen in der Mitte. (Am Folgetag sind die Kränze und Blumen auf dem Grab der Familie Sonnenschein in Graitchen auf der Höhe niedergelegt worden.) Es herrschte eine feierliche, et-

ehrung von Lichtenstein in Leipzig einzusetzen.

Die Universität, das erfahren wir aus einem Brief von Sonnenschein an den Mathematiker Paul Koebe, hat am 30. August 1933 „Herrn Professor Lichtenstein das letzte Geleit gegeben. Der Rektor und eine größere Zahl Professoren der

ehemaligen Direktor des Universitätsarchivs Leipzig, Prof. Dr. Gerald Wiemers, die gebundene Vorlesungsnachschrift seines Vaters zu Leon Lichtensteins Vorlesung „Algebra“ vom 27. Oktober 1925 bis März 1926, 248 S., 42 Vorlesungen. Der Band wird dem schriftlichen Nachlaß im Universitätsarchiv Leipzig hinzugefügt.)

Sonnenschein wurde am 28. Mai 1906 in Leipzig geboren. Am Nikolai-Gymnasium legte er 1925 die Reifeprüfung ab und studierte anschließend Mathematik, Physik und Astronomie an der Universität Leipzig. Seit 1931 arbeitete er als Hilfsassistent am Mathematischen Institut. Dort lernte er seine spätere Frau Hildegard Lorenz kennen. Neben Mathematik studierten beide auch Physik bei Heisenberg und Hund. Als Assistent am Mathematischen Institut schloß er 1935 mit der Promotion zum Dr. phil. ab. Seiner freundschaftlichen Beziehungen wegen zu den jüdischen Professoren Friedrich Levi und zu dem bereits in die USA emigrierten Aurel Wintner bzw. zu dem rumänischen Mathematiker Trajan Schwarz(t)z wurde er vom NS-Studentenbund angegriffen.

Da bot sich ihm mit dem Gang zur Wehrmacht im Jahre 1936 die Möglichkeit, den Anfeindungen zu entkommen, zumal er bei der Wehrmacht als Wissenschaftler in der Entwicklung und im Versuchsdienst weiterarbeiten konnte. So wurde er auf dem Schießplatz Hillersleben in der Colbitz-Letzlinger Heide als Regierungs-



Dr. Helmut Sonnenschein hält für seinen ermordeten Vater die Gedenkrede, rechts Henk Sonnenschein.

was gedrückte Stimmung. Auf der Straße rollte der Nachmittagsverkehr.

Die internationale Stiftung „Die letzte Adresse“ erinnerte an Helmut Sonnenschein. Drei Vertreter waren aus Rußland angereist, darunter der Kunsthistoriker Dr. Nikolaj Iwanow aus St. Petersburg. Hervorgegangen ist die Stiftung 2013 auf Initiative von Historikern und Journalisten aus dem Netzwerk „Memorial“. Etwa 1000 Tafeln berichten in verschiedenen Ländern von Opfern des Sowjetregimes. Nach einer ersten Tafel für Helmut Paichert (1933–1952) in Treffurt, fand in Naumburg nun die zweite Ehrung in Deutschland statt; die erste war in Sachsen-Anhalt.

Als der Mathematiker Helmut Sonnenschein 1935 mit einer von der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig als sehr gut beurteilten Arbeit auf dem Gebiet der Abbildungs- und Funktionslehre promovierte, dankte er seinen jüdischen Lehrern: dem am 21. August 1933 verstorbenen Leon Lichtenstein und dem nach Kalkutta emigrierten Friedrich Levi. Das war zu dieser Zeit nicht selbstverständlich. Mut gehörte auch dazu, sich für eine angemessene

Fakultät waren zugegen. Herr Geheimrat [Otto] Hölder hielt einen wissenschaftlichen Nachruf, der das Schaffen des Heimgegangenen eingehend würdigte, und Professor [Ludwig] Weickmann eine warme und herzliche Gedenkrede.“ Die Witwe des Verstorbenen, Frau Dr. [Stefanie] Szandla Lichtenstein, geb. Rosenblatt, dankte Sonnenschein für all seine Mühe und charakterisierte das Verhältnis von ihm zu ihrem Mann mit den Worten, „zwei Männer, die sich gegenseitig schätzten und liebten“.

In einer letzten Verfügung, die von Friedrich Levi vollzogen werden sollte, hat Lichtenstein den jungen Freund und Kollegen bedacht. Der Mathematiker Levi nahm noch aus Indien im Jahre 1947 den Kontakt zu Sonnenschein auf und berichtete über den Lebensweg seiner Familie, den Mord an seiner 84jährigen Mutter und älteren Schwester durch das NS-Regime.

Dennoch resümierte er: „Glauben Sie mir, lieber Dr. Sonnenschein, meine alte Liebe zu Deutschland hat sich nicht in Haß verwandelt...“

(Am Rande der Gedenkveranstaltung übergab Dr. Helmut Sonnenschein dem



(v.l.) Dr. Nikolaj Ivanov, Stiftung „Letzte Adresse“ Moskau, Dr. Anke Giesen, Memorial International und Memorial Deutschland e.V., Mario Bandi, Initiativgruppe „Die letzte Adresse“.

baurat und später als Regierungsoberbaurat tätig. Nach anfänglicher Ablehnung forschte er 1942–1943 zunächst für das Heereswaffenamt, und später leitete er eine technische Einheit für Ballistik in Pommern. Das kann die Mitarbeit am V2-Projekt bedeutet haben. Sein politisches Credo legte er in einen Brief vom 14. August 1944 an seine Frau nieder: „Ich kann für das Deutschland in der Form des dritten Reiches, die es repräsentiert, wohl sterben, aber nicht dafür leben.“

Als hochspezialisierter Fachmann geriet er 1945 für kurze Zeit in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung arbeitete Sonnenschein bis 1947 als Siedler in Dolle, Kreis Tangerhütte, ehe er Arbeitsleiter wurde im wissenschaftlich-technischen Büro „Geräte“ im sowjetischen Sektor Berlin/Karlshorst – unter der direkten Aufsicht eines sowjetischen Waffeningenieurs.

Nach der Auflösung der Abteilung ging er anschließend als Mathematiker und Ingenieur zum Konstruktionsbüro Leuna



Dr. Helmut Sonnenschein bringt die Gedenktafel über der Hausnummer an.

und wurde schließlich Ende 1948 als Versuchsingenieur bei der agfa Wolfen angestellt.

Nach falschen Anschuldigungen wurde Helmut Sonnenschein am 16. Novem-



Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski (l.), bei seiner Ansprache.

ber 1950 in Naumburg verhaftet, am 26. April 1951 durch das berüchtigte sowjetisches Militärgericht 48240 zum Tod durch Erschießen verurteilt und am 4. Juli 1951 hingerichtet. Seiner Frau Hildegard Sonnenschein wurden auf ihre wiederholten Nachfragen zum Schicksal ihres Mannes ausweichende und unklare Antworten erteilt. Erst im Jahre 1990 gestand die Botschaft der UdSSR in einem offiziellen Schreiben ein, daß Dr. Helmut Sonnenschein am 26. April 1951 wegen Spionage durch ein sowjetisches Militärtribunal zum Tode verurteilt wurde.

Eine Rehabilitierung lehnte man damals jedoch ab, weil „die Verurteilung Sonnenscheins wegen Spionage gerechtfertigt ist“. Schließlich setzte jedoch unter den veränderten Bedingungen und durch die Auflösung der Sowjetunion ein Umdenken ein: Am 22. März 1994 wurde seine Unschuld offiziell von russischer Seite bestätigt und die vollständige Rehabilitierung durch den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation postum erklärt.

In seiner Ansprache auf der Gedenkveranstaltung wies der Oberbürgermeister von Naumburg, Bernward Küper, darauf hin, daß noch immer Menschen in Naumburg darunter leiden, als Opfer des Stalinismus nicht die nötige Anerkennung zu finden. „Nicht der Terror siegt“, so UOKG-Vorsitzender Dieter Dombrowski, „sondern die

Menschlichkeit.“ Auch dafür ist die Tafel für Helmut Sonnenschein ein sichtbarer Beweis. Natürlich kann man nur erinnern, wenn man davon weiß.

Birgit Neumann-Becker, Landesbeauftragte von Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, stellte das in den Mittelpunkt ihrer nachhaltigen Ausführungen.

An der Gedenkveranstaltung nahmen teil Henk Sonnenschein (geb. 1944) und seine Frau Elke sowie Dr. Helmut Sonnenschein (geb. 1951) und seine Frau Mira. Die Schwester Ursula (1938–2016) ist vor vier Jahren gestorben.

Helmut Sonnenschein, der jüngste unter den drei Geschwistern, hat seinen Vater nie gekannt. Seine Mutter war mit ihm schwanger, als der Vater abgeholt wurde. Seit Jahren setzt sich der gleichnamige Sohn dafür ein, daß das Schicksal seines Vaters aufgeklärt und angemessen gewürdigt wird.

Abschließend erinnerte Dr. Helmut Sonnenschein an das Leben seines Vaters, der verhört und gefoltert mit 45 Jahren in der Butyrka erschossen wurde. Seine Asche liegt verstreut in einem Massengrab auf dem Friedhof des ehemaligen Klosters Donskoj bei Moskau.

Gerald Wiemers

Die letzte Adresse

Gedenkansprache von Dr. Helmut Sonnenschein

Sehr geehrte Vertreter von Memorial, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Küper, sehr geehrte Frau Neumann-Becker, sehr geehrter Herr Ivanov, sehr geehrter Herr Dombrowski, liebe Frau Giesen, lieber Prof. Wiemers, liebe Frau Wiemers, liebe Freunde, liebe Familie.

Verzeihen Sie, daß ich meine kurze Ansprache ablese. Als Wissenschaftler habe ich immer frei gesprochen, aber da ging es auch nicht um persönliche Dinge. Heute wird vor diesem Haus für unseren Vater eine Gedenktafel angebracht. Das Haus wurde von unserem Großvater Henri

Sonnenschein, genannt Heinrich, gekauft und blieb in schwerer Zeit dank unserer Mutter und meines Bruders Henk im Familienbesitz.

Es ist der Ort, an dem vor siebzig Jahren unser Vater, bevor er verschleppt wurde,

letzte Tage und Stunden in Freiheit verbracht hat.

Er wurde von deutschen Häschern hier am 16. November in einer verdeckten Aktion aus dem Haus gelockt, in ein Auto gesetzt, dem sowjetischen Militärgeheimdienst übergeben, in Hohenschönhausen verhört und gefoltert. Anschließend wurde er in der Berliner Normannenstraße von dem berüchtigten Militärtribunal 48240 verurteilt, daraufhin nach Moskau gebracht und dort, genau heute vor 69 Jahren und 13 Tagen, am 4. Juli 1951, erschossen. Seine Asche wurde, wie die aller im Jahr 1951 hingerichteten „Volksfeinde“, in einem Massengrab auf dem Donskoj Friedhof verscharrt.

Wir sind Memorial und der Initiative Letzte Adresse von Herzen dankbar, daß sich diese russische und inzwischen auch international tätige NGO die Aufgabe gestellt hat, der unschuldigen Opfer des Stalinismus in allen Ländern des ehemaligen sowjetischen Machtbereiches zu gedenken. Das ist nach den Ereignissen des 20. Jahrhunderts, vor allem nach den Verbrechen, die im deutschen Namen begangen wurden, alles andere als selbstverständlich. Und so habe ich die ausgestreckte Hand sehr gern ergriffen. Leider gehört heute auch wieder Mut dazu, in der russischen Föderation an die stalinistischen Verbrechen zu erinnern.

Der Mann, dem unser Gedenken gilt, wurde von seinem Vater, Jahrgang 1866, im Geiste des 19. Jahrhunderts erzogen. Nach allem, was wir aus Briefen und Dokumenten wissen, gehörten ein unabhängiger Geist, Aufrichtigkeit und Treue zu den charakteristischen Merkmalen unsres Vaters. In einem Brief vom 14. August 1944 schrieb er an seine Frau: „Treue ist ohne Ziel, sie kann nicht schwanken, so kann das Herz nicht in der neuen Zeit, mit seiner Volksherrschaft und mit den Männern, die sie repräsentieren, mitgehen.“

Und so widerstand unser Vater auch nach der Machtergreifung Hitlers dem Antisemitismus und dem totalitären Machtanspruch des nationalsozialistischen Regimes. Die Treue zu seinen jüdischen Lehrern – Professor Leon Lichtenstein und Professor Friedrich Levi, seinen jüdischen Kommilitonen Aurel Wintner und Trajan Schwarz – kostete ihn die angestrebte akademische Laufbahn. In seinem Tagebuch aus dem Jahre 1944 ist zu lesen, daß das Hitlerattentat „nicht aus niederen Motiven geschah. Es waren

Hochverräter, aber keine Verbrecher, denen der Wille zur Macht allein das Motiv ihres Handelns war“. [...]

Nach dem Krieg versuchte unser Vater 1947, wie er einmal schrieb, auf Augenhöhe mit den Sowjets, deren Soldaten er wegen ihrer Tapferkeit und Opferbereitschaft sehr schätzte, zusammen zu arbeiten. Zunächst in einem sowjetischen Forschungsinstitut in Berlin Karlshorst, später, nach dessen Auflösung, in den Leunawerken und der Agfa in Wolfen, beides sowjetische Aktiengesellschaften.

Doch die Wirklichkeit, erst in der SBZ und nach 1949 in der frisch gegründeten DDR, desillusionierte ihn zunehmend.



Dr. Helmut Sonnenschein und seine Frau Hildegard in Berlin ca. 1948.

Seinem in Westdeutschland lebenden Freund Fritz Wolf, der unseren Vater mit dem für die Heilung seiner TBC nötigen Penicillin versorgt hatte, schrieb er in einem Brief: „Heute sollten alle parteilosen Werktätigen ihr Vertrauen zur SED durch Unterschrift bezeugen, ich habe es natürlich nicht getan.“ Zum Verhängnis wurde ihm aber ein Denunziationsbrief, den sein bereits verhafteter Dolmetscher, mit dem unser Vater seit seiner Zeit am Karlshorster Institut befreundet war, Herr Maximilian von Hamm, geschrieben hatte. Unser Vater hatte offenbar kein schlechtes Gewissen, obwohl er von der Verhaftung Hamms wußte und sich einige Zeit später beobachtet fühlte, dachte er nicht an Flucht in den Westen.

Sich unbemerkt aus unserem Grundstück, das bis ins Saaletal hinunter reicht, aus dem Staub zu machen, wäre ein leichtes gewesen. Und es war auch klar, daß für seine Frau, seinen 84jährigen Vater, seine Schwiegermutter und uns Kinder, Ursula, 12 Jahre alt, Henk, 17 Tage zuvor gerade

6 geworden, und mich, noch ungeboren, so oder so schwere Zeiten beginnen würden, egal, ob er sich nun einer Verhaftung entzog oder nicht. Aber er wußte von seiner Unschuld, die dann endlich, 44 Jahre später, im Jahre 1994 durch den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation mit der vollständigen Rehabilitation bestätigt wurde.

Wir danken allen, die uns geholfen haben, über das Schicksal unseres Vaters Gewißheit zu erlangen und die dazu beigetragen haben, die Erinnerung an unseren Vater wachzuhalten. Stellvertretend für die Vielen will ich hier nur Herrn Professor Wiemers nennen.

Möge das gemeinsame Gedenken an die Opfer der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts zur Versöhnung in Wahrheit beitragen, Wunden schließen und uns daran erinnern, daß Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind. Wie wir leider in einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, in Hongkong und anderen Regionen der Welt sehen, bedarf das Brechtzitat von der Gefahr eines neuen Faschismus der Ergänzung, daß auch der Schoß, aus dem der Stalinismus kroch, noch fruchtbar ist.

Abschließend will ich aber in freier Übersetzung Zeilen aus einem Gedicht des tschechischen Literaturnobelpreisträgers Jaroslav Seifert, zu Beginn des Prager Frühlings niedergeschrieben, rezitieren:

Daß ich nun schon glauben will,
daß es möglich sein wird,
dem Mord ins Gesicht zu sagen
Du bist Mord.
Daß Niedertracht,
obgleich mit Lorbeer umkränzt,
wieder Niedertracht,
Lüge wieder Lüge ist,
so wie sie es waren.
Und daß kein gezückter Pistolenlauf
unschuldige Türen öffnet.

Dritte „Letzte Adresse“ in Deutschland

Öffentliche Gedenkveranstaltung zur posthumen Ehrung für Ludwig Kracke (1894–1952) im Rahmen der Initiative „Letzte Adresse“, am **18. September 2020, 14.00 Uhr**.

Ort der Veranstaltung: 15936 Dahme/Mark, Jüterbog Str. 16

Wilhelm K.H. Schmidt

„Den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken zu bewahren, ist Verpflichtung“

Am 17. Juni dieses Jahres folgten etwa 30 Menschen in Chemnitz der Einladung der Bezirksgruppe der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal zur traditionellen Gedenkveranstaltung an der Stele unweit des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses.

Nach der Eröffnung durch Vorsitzenden Holker Thierfeld erfolgte die Niederle-



Stele unweit des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses.

gung der Kränze und der Blumengebinde. Er überbrachte die Grüße von Kameradinnen und Kameraden, die in diesem Jahr aus gesundheitlichen Gründen leider nicht dabei sein konnten. In seiner Rede schilderte er die Schicksale von Rosel Werl und Hans-Jürgen Besch. Die Anwesenden gedachten in einer Schweigeminute – unter Einhaltung des erforderlichen Mindestabstandes – aller verstorbenen Kameradinnen und Kameraden.

Es folgte das Grußwort von Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, in dem sie der

VOS dankte und betonte, deren Mitglieder würden als Zeitzeugen gebraucht: „Ihr Thema bleibt und wird nicht vergessen. Es wird nicht verschwiegen, auch wenn es nicht jeden Tag im Mittelpunkt steht. Wir werden auf dem Kaßberg dieses Stück deutscher Geschichte bewahren.“ Die Stadt Chemnitz unterstützt den Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. seit vielen Jahren bei seinem Ziel, in einem Teil des ehem. Kaßberg-Gefängnisses eine Gedenkstätte zu errichten und zu betreiben.

Eines der Vorstandsmitglieder, der Generalsekretär der sächsischen CDU, Alexander Dierks, erinnerte in seiner Rede an den Mut der Menschen, die 1953 auf die Straße gingen, um sich für Freiheit und Bürgerrechte einzusetzen. „Es ist wichtig, daß es Zeitzeugen und Menschen gibt, die mit uns diese Geschichte wachhalten“, so Dierks. Umrahmt von musikalischer Begleitung durch die städtische Musikschule sprach Dr. Magdalena Herbst von der Ev.-Luth. Superintendentur Chemnitz zu den Gästen: „Jeder ist ein von Gott geliebtes Menschenkind. Gedenken wir ihnen würdevoll.“ Sie bewege es als evangelische Christin sehr, was die Menschen verkraften mußten.

Dr. Benjamin Page verlas das Grußwort der SPD-Landtagsabgeordneten Hanka Kliese. Sie gründete den Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. im Jahr 2011 mit und engagiert sich seit vielen Jahren für die Aufarbeitung des SED-Unrechts sowie für die Rechte der Betroffenen: „Es gilt heute um so mehr, jene freiheitlichen Errungenschaften und Werte zu wahren, für die u.a. die mutigen

Frauen und Männer 1953 eingetreten sind. Aus dem Erinnern an sie erwächst eine Verpflichtung, erwächst eine Verantwortung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit entgegenzutreten und all jenen Solidarität zu bekunden, die nicht über dieselben Freiheiten wie wir verfügen.“ Die VOS leiste nicht nur hierzu einen großen Beitrag, so Hanka Kliese.

Zum Schluß überreichte Holker Thierfeld der Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Barbara Ludwig, einen Blumenstrauß als Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Sie nahm während ihrer Amtszeit 14-mal an der Gedenkveranstaltung der VOS teil, und ihre bewegendsten Reden bleiben unvergessen.

Nach der Veranstaltung trafen sich die Kameradinnen und Kameraden noch in gemütlicher Runde. Einige von ihnen besuchten später die im Februar 2019 eingeweihte Namenstafel auf dem Chemnitzer Friedhof an der Reichenhainer Straße. In dem Gemeinschaftsgrab liegen die Urnen von 136 Menschen. Es sind Männer, Frauen und Kinder, die nach der Internierung in sowjetischen Speziallagern Anfang der 1950er Jahre in den Haftanstalten Waldheim und Hoheneck an den entsetzlichen Haftbedingungen starben. Dank der Initiative von Rosel Werl, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der VOS gibt es fortan eine Grabplatte mit den Namen der Verstorbenen. Wie Holker Thierfeld einige Stunden zuvor an diesem symbolträchtigen Tag erklärte: „Den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken zu bewahren, ist Verpflichtung.“

Steffi Lehmann

Ohne Plan?

Zukunft der Stasi-U-Haft-Gedenkstätte in Rostock ist unklar

Die „Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Staatsicherheit in Rostock“ wird derzeit saniert. Nach Angaben des für die Baumaßnahme zuständigen Landesbaubetriebes Mecklenburg-Vorpommern sollen die Arbeiten im Volumen von ca. 3,6 Millionen Euro voraussichtlich im Herbst dieses Jahres planmäßig abgeschlossen werden. Gar nicht nach Plan läuft dagegen scheinbar die Vorbereitung des Wei-

terbetriebes und der Wiedereröffnung der Gedenkstätte. Zu fragen ist sogar, ob es überhaupt einen Plan gibt.

Die Gedenkstätte, die bis zum Beginn der Sanierung vom Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen betrieben wurde und konstant hohe Besucherzahlen zu verzeichnen hatte (zuletzt im Jahr 2018 ca. 20 000 Besucher), wurde vom Bundesbe-

auftragten für die Stasi-Unterlagen in die Zuständigkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern übergeben. In M-V wiederum verantwortet die Landeszentrale für Politische Bildung (LpB) als Unterbehörde des Kultusministeriums die Gedenkstättenarbeit.

Nachdem die LpB sich gegenüber dem Autor zunächst kurzerhand für nicht zu

ständig für die Rostocker Gedenkstätte erklärt hatte, ruderte sie einige Wochen später zurück. Man sei „in guten Gesprächen“ teilte der Chef der Behörde, Jürgen Schmidt, mit. Einen umfangreichen Fragenkatalog, u. a. über den zukünftigen Betreiber, ließ Schmidt unbeantwortet. Mit wem die Gespräche und worüber diese geführt werden, war der Nachricht auch nicht zu entnehmen. Potentielle Gesprächspartner der LpB, wie die Stadt Rostock, die Universität der Hansestadt und ein verantwortlicher Bildungspolitiker der Schweriner Koalition, konnten derartige Gespräche nicht bestätigen.

Frau Dr. Selling, Kulturamts-Chefin der Hansestadt Rostock, äußerte gegenüber dem Autor, als Stadt habe man ein großes Interesse an der Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-U-Haft-Anstalt. Sie betonte insbesondere den Wert der Gedenkstätte für die politische Bildung. Es sei allerdings nicht geplant, als Träger der Einrichtung aufzutreten. Weder gebe es Gespräche dazu, noch seien für den kommenden Haushalt Gelder dafür vorgesehen.

Professor Kreuzberger, Lehrstuhlinhaber am Historischen Institut der Universität

Rostock und Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland, betont die Bedeutung der Gedenkstätte innerhalb des von der Politik geplanten Arno-Esch-Zentrums. Dieses Zentrum zu errichten hatten sich CDU und SPD in ihrer Koalitionsvereinbarung zur Regierungsbildung in M-V 2016 vorgenommen. Nachdem jahrelang wenig von diesem politischen Vorhaben zu hören war, ist in den letzten Monaten etwas Bewegung in die Sache gekommen. Die beiden bildungspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen SPD und CDU im Schweriner Landtag haben sich öffentlich zu dem Vorhaben am Standort Rostock bekannt. Politisch wird zudem derzeit wohl an einer Handlungsempfehlung für die Landesregierung zur Errichtung des Zentrums gearbeitet. Das Arno-Esch-Zentrum soll als ein Drei-Säulen-Modell das Stasiunterlagen-Archiv, die Gedenkstätte in Rostock und die universitäre Forschung vereinen.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dirk Stamer, teilte auf Anfrage mit, daß man politisch bis zum Herbst weiterkommen will. Die Frage nach dem

weiteren Vorgehen in Sachen der Gedenkstätte konnte auch er nicht beantworten.

Konkret ist somit festzustellen, daß die Sanierungsarbeiten innerhalb des Bauzeiten-Planes fertiggestellt werden sollen. Wie es danach weitergeht, ist nach allem, was bekannt ist, mehr als unklar. Die von der LpB behaupteten „guten Gespräche“ scheint es so nicht zu geben. Ein Lichtblick ist, daß es zwischenzeitlich nach jahrelanger Stille zumindest Aktivitäten in Sachen des politisch angedachten Arno-Esch-Zentrums in Rostock gibt. Aber auch da ist die Lage kompliziert und wird durch ein politisches Tauziehen um den zukünftigen Standort des Stasi-Unterlagen-Archivs in M-V nicht einfacher. Außerdem sind die politischen Akteure scheinbar nicht in konkrete Überlegungen zur Rostocker Gedenkstätte, wenn es sie denn gibt, involviert. Eine Wiedereröffnung der Gedenkstätte unmittelbar nach Abschluß der Sanierung ist aus heutiger Sicht aufgrund des fehlenden Konzeptes, des nicht vorhandenen zukünftigen Betreibers, fehlender Personalplanung, usw. jedenfalls wohl so gut wie ausgeschlossen.

Jörg Plath

Freistellung Siegfried Reiprichs als Geschäftsführer

Findungskommission zur Wahl eines neuen Geschäftsführers eingesetzt

(PM) Der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten beschloß auf seiner Sondersitzung am 21. Juli 2020 in Dresden einstimmig, Siegfried Reiprich mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben als Geschäftsführer der Stiftung freizustellen.

Die Gremienmitglieder wurden zuvor von der Stiftungsratsvorsitzenden, Sachsens Kulturministerin Barbara Klepsch, zu der außerordentlichen Sitzung eingeladen, um sich als zuständiges Stiftungsorgan mit den jüngst auf Twitter getätigten Aussagen Siegfried Reiprichs zu befassen.

Barbara Klepsch: „Der Stiftungsrat mißbilligt ausdrücklich die von Siegfried Reiprich auf Twitter geäußerten Aussagen. Diese widersprechen klar dem Sinn der Gedenkstättenarbeit. Für die Weiterentwicklung der Stiftungsarbeit und dem inneren Zusammenhalt der Stiftung haben wir uns entschieden, daß der Geschäftsführer Siegfried Reiprich mit sofortiger Wirkung unwiderruflich unter Fortzahlung der ver-

traglich vereinbarten Vergütung von der Arbeit freigestellt wird.“


Zudem beschloß der Stiftungsrat, dem von Siegfried Reiprich am 3. Juni 2020 geäußerten Antrag auf vorzeitige Beendigung seines Arbeitsverhältnisses aus gesundheitlichen Gründen nachzukommen. Das zwischen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und dem Geschäftsführer bestehende Arbeitsverhältnis wird mit Eintritt der Regelaltersgrenze zum 30. November 2020 beendet.

Der amtierende stellvertretende Geschäftsführer Sven Riesel ist mit sofortiger Wirkung beauftragt, alle Aufgaben des Geschäftsführers bis zur Berufung einer neuen Geschäftsführung wahrzunehmen. Der Historiker und Kulturwissenschaftler ist seit 2011 in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten tätig.

Der Stiftungsrat dankt Siegfried Reiprich für seine Verdienste in seiner zehnjährigen Tätigkeit als Geschäftsführer der

Stiftung Sächsische Gedenkstätten und wünscht ihm alles Gute.

In der gleichen Sitzung beschloß der Stiftungsrat, eine Findungskommission zur Wahl eines neuen Geschäftsführers bzw. einer neuen Geschäftsführerin einzusetzen. In die Findungskommission sollen zehn Mitglieder berufen werden. Sie formuliert die Stellenausschreibung nach Maßgabe des Stiftungsrates, bewertet die Bewerbungen und wird dem Stiftungsrat einen oder mehrere Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl vorschlagen.

„Ich schätze die Erinnerungsarbeit der Stiftung außerordentlich. Im Sinne des Stiftungsauftrages halten die Beschäftigten die Erinnerung an die Vergangenheit wach und treten für die Grundwerte unserer Demokratie wie Menschenwürde, Freiheit, Recht und Toleranz ein. Sie bewahren mit ihrer Arbeit das Gedenken an die Opfer und benennen die Verantwortung der Täter“, so Stiftungsratsvorsitzende Klepsch abschließend. 

Alexander Latotzky

Am 3. Oktober 1990 versammelten sich in Berlin am Brandenburger Tor viele fröhliche Menschen und erlebten zum ersten Mal den Tag der Deutschen Einheit, unseren neuen Nationalfeiertag. An diesem 3. Oktober 1990 lief ein Familienvater mit seiner Frau und seinen beiden Kindern durch die Gedenkstätte Sachsenhausen und über seine Wangen liefen Tränen. Was war geschehen?

Der gestandene Familienvater hatte in den letzten 40 Jahren diese Gedenkstätte nicht betreten. Nur vage war ihm bewußt, daß er hier zusammen mit anderen Kindern die ersten Jahre seines Lebens verbracht hatte. Die heftigen Emotionen machten ihn wißbegierig auf das, was sich dahinter verbarg.

Er war 1948 im „Gelben Elend“ in Bautzen geboren und bald danach mit seiner Mutter in das Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht nach Sachsenhausen verlegt worden. Als im Jahr 1950 dieses Lager aufgelöst wurde, kamen viele der 40 gefangenen Mütter mit ihren Kindern in das Frauengefängnis nach Hoheneck. Es dauerte nicht lange, da hatte man die Kinder von ihren Müttern getrennt und nach Leipzig in unterschiedliche Kinderheime gebracht. Die Mutter

dieses Jungen hat nach vielen Mühen ihren Sohn erst im Alter von neun Jahren wieder gesehen.

Der Sohn hat seine Kindheit nach 1990 nun in vielen Archiven gesucht. Dabei fand er nicht nur sein Schicksal, sondern auch ähnliche Kindheitsgeschichten von etwa 100 anderen Kindern. Mit großem Aufwand und finanzieller Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist es ihm gelungen, daß viele Kinder überhaupt erst einmal erfahren haben, was mit ihnen und den Müttern in den Zeiten der Lagerhaft geschehen ist, wie die Frauen es geschafft haben, die Kinder am Leben zu erhalten. Er hat ihnen dabei geholfen, eine Haftentschädigung zu erhalten, als Opfer politischer Verfolgung anerkannt, rehabilitiert zu werden und manchmal auch Informationen über den unbekanntem Vater zu erhalten. Viele Mütter hatten, von Angst getrieben, ihren Kindern aus dieser Zeit der Haft nie erzählt. Nun gibt es seit vielen Jahren die Arbeitsgemeinschaft „Kinder hinter Stacheldraht e.V.“. Diese Gruppe trifft sich seit über 20 Jahren regelmäßig an ganz unterschiedlichen Orten in Deutschland.

Über diese furchtbare Zeit des Geschehens nach dem Krieg gibt es eine Anzahl

von Dokumentarfilmen, die auch schon einige Male im Fernsehen liefen. Wir haben schon mehrere beeindruckende Begegnungen in dieser Gruppe miterleben dürfen und danach den Entschluß gefaßt, für den Vorsitzenden dieser Gemeinschaft eine Auszeichnung durch die Bundesregierung zu erreichen.

Am 19. Dezember 2019 hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beschlossen, Alexander Latotzky für seine einmalige historisch wertvolle Leistung das Bundesverdienstkreuz zu verleihen. Durch die Corona-Krise mußte die feierliche Übergabe der Ordensinsignien viermal verschoben werden. Am 4. Juli war es dann endlich soweit. Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer, zeichnete an diesem Tag fünf Persönlichkeiten mit dem Bundesverdienstkreuz aus. Zur Auszeichnung von Alexander Latotzky sagte er: „Bis heute setzt er sich für die Aufklärung und Information der nachfolgenden Generation ein. Durch seine Recherchen in deutschen und russischen Archiven hilft er mit, ... daß auch in Rußland über deutsche Opfer des Stalinismus berichtet wird.“ Es war eine sehr würdevolle Veranstaltung in der Sächsischen Staatskanzlei, an der u.a. auch Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, teilnahm.

Petra und Hanns Osterloh

Gisela Lotz

In Würdigung ihrer in langjährigem Engagement erworbenen umfangreichen Verdienste bei der Aufklärungsarbeit über das in der DDR verübte Unrecht hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf Anregung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Dezember 2019 Gisela Lotz das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Die Übergabe des Verdienstordens und der Ehrenurkunde fand am 29. Juli 2020 im DDR-Museum Pforzheim statt. Staatssekretärin Katrin Schütz übergab im Auftrag von Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Verdienstkreuz mit Ehrenurkunde, anschließend gab es einen kleinen Empfang. Danach fand noch eine Führung durch das DDR-Museum statt.

Das DDR-Museum in Pforzheim ist ein wichtiger Teil der Aufklärungsarbeit über die DDR für Gisela Lotz seit dem Jahr

2000 geworden. Zusammen mit Klaus Knabe, einem unermüdlichen Sammler von DDR-Zeugnissen und Museumsleiter, war sie als Zeitzeugin im Museum fast jeden Sonntag tätig. Auf Anfrage von Schulen natürlich auch in der Woche.

Sie hat viel zu erzählen aus ihrem Leben in der DDR und ihrer Haft im ehemaligen Frauenzuchthaus Hoheneck, in dem sie 1985/86 zu Unrecht eingesperrt war. Ihre beiden Söhne und ihr Ehemann waren ebenfalls inhaftiert. Sie schweigt nicht mehr, berichtet darüber, wie Diktatur die Freiheit einschränkt. Sie mahnt und klärt die junge Generation auf, wie es war, eingesperrt zu sein. Ihr Engagement bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur war und ist bewundernswert.

Gisela Lotz freut sich riesig über die Ehre, das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen zu haben.

Wir, der Süddeutsche Freundeskreis Hoheneckerinnen und das Forum für politisch verfolgte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V., freuen uns mit ihr und gratulieren ganz herzlich.



Staatssekretärin Katrin Schütz, Gisela Lotz (Mitte) und Oberbürgermeister Peter Boch.

tatur e.V., freuen uns mit ihr und gratulieren ganz herzlich.

Konstanze Helber – Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen, Vorsitzende des Frauenforums für politisch verfolgte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.,
Carla Ottmann – Stellv. Vorsitzende

Bautzen-Treffen 2020

Wie immer findet einen Tag vor dem Bautzen-Forum unser Bautzen-Treffen statt, zu dem wir herzlich einladen.

In diesem Jahr, wegen der Pandemie et- was später als sonst, am 9. September 2019 um 13.00 Uhr im Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde St. Petri, Am Stadtwall 12 in 02625 Bautzen.

Ab 16.00 Uhr ist die Abfahrt zum Karnickelberg, wo in der Kapelle um 16.30 Uhr eine ökumenische Andacht mit anschließender Kranzniederlegung auf dem Gräberfeld stattfindet.

Wir hoffen auf eine rege Teilnahme, und bitte denken Sie an die Schutzmaßnahmen wie Maske und Abstand.

Bautzen-Komitee

Malchow

Die zentrale Gedenkveranstaltung der Stadt Malchow zum Volkstrauertag findet am 15.11.2020 um 11.30 Uhr, vor dem Gedenkstein für die jugendlichen Opfer, in der Gartenstraße statt.

Im Rahmen dieser Gedenkveranstaltung wird auch die Namenstafel für die 13 toten Malchower (Werwolftragödie) eingeweiht.

Horst Vau

Suchanzeige

Interviewpartner und -partnerinnen gesucht!

Für das Forschungsprojekt „Theorie, Praxis und Konsequenzen der Operativen Psychologie“ an der Sigmund Freud Privatuniversität Berlin suchen wir in Kooperation mit der Union der Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) Interviewpartner und -partnerinnen, die:

- in der DDR politisch verfolgt wurden/ „Kontakt“ mit der Staatssicherheit hatten;
- bereit sind, ihre Lebensgeschichte zu erzählen;
- und/oder an Gruppengesprächen mit anderen politisch Verfolgten teilnehmen würden.

Die biographischen Interviews und Gruppendiskussionen werden von einer Psychologin, die Erfahrung mit der Führung sensibler Gespräche hat, durchgeführt und mit Ihrem Einverständnis aufgenommen. Aus datenschutzrechtlichen und for-

Einladung

zum XXX. Mahn- und Gedenktreffen der Initiativegruppe Lager Mühlberg e.V. in Neuburxdorf

Programm

Sonnabend, 5. September 2020

10.00 Uhr: Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Neuburxdorf

Andacht – Pfarrerin Sabrina Pieper


Musik – Tabea Geiß

Baumpflanzung durch Pfarrer Matthias Taatz/ILM im Jahr der 75. Wiederkehr des Kriegsendes und der Gründung des Speziallagers

11.00 Uhr: Gedenkveranstaltung am Hochkreuz

Kurze Andacht und Gedenkworte – Pfarrer Matthias Taatz

Musik – Posaunenchor Mühlberg

Baumpflanzung durch Thomas Richter/1. Beigeordneter der Verbandsgemeinde Liebenwerda im Jahr der 75. Wiederkehr des Kriegsendes und der Gründung des Speziallagers 

Stasimuseum Berlin

Öffnungszeiten

Mo–Fr: 10.00 – 18.00 Uhr

Sa, So: 11.00 – 18.00 Uhr

Feiertage: 11.00 – 18.00 Uhr

Schließtag: 24./31. Dezember

Seit dem 3. August 2020: Öffentliche Führungen für Einzelbesucher – „Rund ums Museum“

Erfahren Sie in einer Führung über das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale rund um das Museum mehr über die Stasi und erkunden Sie anschließend eigenständig die historische Ministeretage und die Ausstellung im Stasimuseum. (Führungsentgelt p.P.: 2,00 € zzgl. Eintritt)

Montag, Donnerstag, Samstag

Deutsch: 11.00 + 13.00 Uhr

Englisch: 15.00 Uhr

Bitte melden Sie sich vor Beginn der Führung an der Museumskasse an!


Die Teilnehmerzahl pro Führung ist auf 20 Personen begrenzt. Eine vorherige Anmeldung oder Reservierung ist nicht möglich!


Wichtige Informationen zum Ausstellungsbesuch

Aufgrund der aktuellen Situation gibt es einige Hinweise und Einschränkungen zu beachten:

- Im gesamten Haus und in den Ausstellungsräumen gelten die allgemein gültigen Abstands- und Hygieneregeln.
- Bitte tragen Sie einen Mund- und Nasenschutz.
- Audioguides sind erhältlich und werden nach jeder Nutzung gründlich desinfiziert.
- Einige Medienstationen in der Ausstellung bleiben aus hygienischen Gründen deaktiviert.
- Vermeiden Sie das Berühren von Vitrinen, Möbeln und Ausstellungsgegenständen.

Angebote für Gruppen

Angebote für Gruppen bieten wir aufgrund der aktuellen Situation nur am Dienstag, Mittwoch und Freitag an. Bitte reservieren Sie Ihren Wunschtermin frühzeitig bei unserem Besucherservice, Tel. (030) 553 68 54, E-Mail info@stasimuseum.de 

Zu den Kooperationspartnern des Forschungsprojekts gehören die Beratungsstelle Gegenwind, das Bürgerbüro e.V. sowie die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).
Bei Interesse melden Sie sich gerne per E-Mail oder Telefon – für eventuelle Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung!
Charlotta Sippel, MSc. Psychologie
Sigmund Freud PrivatUniversität Berlin
E-Mail: charlotta.sippel@sfu-berlin.de
Telefon: (+49 30) 69 57 97 28 15
(Mo–Do. 10.00 – 16.00 Uhr) 

Tribunal „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“

Vom 11. bis 13. September 2020 in Cottbus

Eine Kooperationsveranstaltung der Union der Opferverbände der Kommunistischen Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. (MRZ) und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), gefördert durch die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters.

Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft hat es gegeben. Sie war menschenverachtend und völkerrechtswidrig. Dies wird durch verschiedene Forschungsarbeiten, wie etwa die Studie der Deutschen Bahn „Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR. Häftlingszwangsarbeit und Gefangenentransport in der SED-Diktatur“ von 2016 belegt. Doch bis auf wenige Ausnahmen bekennen sich weder Wirtschaft noch Politik zu ihrer Verantwortung. Deshalb soll im 30. Jahr der deutschen Einheit dieses Kapitel der deutschen Geschichte weiter erforscht und gewürdigt werden. Mit dem Tribunal verfolgen wir daher folgende Ziele:

1. Wir wollen erreichen, daß über die zum großen Teil menschenverachtende Ausbeutung in politischer DDR-Haft in einer breiteren Öffentlichkeit gesprochen wird.
2. Wir wollen erreichen, daß eine internationale Jury Zeugen anhört, um festzustellen, ob die Merkmale von verbotener Zwangsarbeit und Ausbeutung nach den international anerkannten Definitionen erfüllt sind.
3. Wir wollen, daß die Befragung von Zeitzeugen, die Erkenntnisse mehrerer wissenschaftlicher Untersuchungen und das durch das Tribunal zu erwartende Votum der internationalen Jury zu Konsequenzen in der Politik und Wirtschaft führen.
Wir wollen nicht weiter hinnehmen, daß das Thema Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft verharmlost und verdrängt wird.

Programm

Freitag, 11.9.2020

16.00 Uhr: Anreise und Anmeldung im Hotel in Cottbus

17.30 Uhr: Begrüßung
Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG

Sylvia Wähling, Geschäftsführende Vorsitzende des Menschenrechtszentrum Cottbus

Karl Hafen, ehem. Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM

17.40 Uhr: Impulsvortrag, Dr. Christian Sachse „Die internationale Bewegung gegen Zwangsarbeit“

18.00 Uhr: Impulsvortrag, Dr. Jan Philipp Wölbern „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der SED-Diktatur“

18.20 Uhr: Referat, Dr. Susanne Kill „Häftlingszwangsarbeit für die Deutsche Reichsbahn der DDR – Historische Forschung und Erinnerungspolitik“

19.00 Uhr: Ausklang, gemeinsames Abendessen & offene Gespräche

Sonnabend, 12.9.2020

9.30 Uhr: Vorstellung der Jurymitglieder

Dr. Matthias Bath, Staatsanwalt a.D., ehemaliger politischer Häftling
Peter Heidt, MdB, Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Huige Li, stellvertretender Direktor des Instituts für Pharmakologie der Universitätsmedizin Mainz, geboren in China

Bada Nam, Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation PSCORE, Südkorea

Wladimir Nowitzki, Rechtsanwalt aus Moskau, Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Sektion Rußland

Carla Ottmann, stellvertretende Bundesvorsitzende der UOKG, ehemalige politische Gefangene in Hoheneck, ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht Berlin

Dr. Klára Pinerová, Historikerin, Institut für das Studium totalitärer Regime in Prag
Prof. Dr. Dr. Schirmmacher, Präsident des Internationalen Rates der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit

Arnold Vaatz, MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehemaliger DDR-Bürgerrechtler N.N., Mitglied der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion

Anhörung der Zeugen zur Zwangsarbeit in den wichtigsten Industriebereichen

10.00 Uhr: Metallverarbeitung
Schiffbau (Warnow-Werft), Stahl- und Walzwerk Gröditz, VEB Metalldrücker Halle

10.45 Uhr: Pause

10.55 Uhr: Möbelproduktion
Kunstharzverarbeitung Sprela-Werke (Spremberg), Metallbeschläge (MEWA Naumburg)

11.35 Uhr: Pause

11.45 Uhr: Bergbau
Gleisarbeiten im Tagebau (Schwarze Pumpe), Kupferschlacke (Volkstedt)

12.30 Uhr: Mittagspause

14.30 Uhr: Textilindustrie
Bettwäsche (VEB Planet), Strümpfe (VEB Esda) in Hoheneck, Schuhkombinat Weibenfels im Roten Ochsen (Halle/Saale)

15.15 Uhr: Pause

15.25 Uhr: Chemische Industrie
Chlorproduktion (Bitterfeld), Filmproduktion (Wolfen)



16.10 Uhr: Kaffeepause

17.10 Uhr: Weitere Industriebereiche Elektromotorenwerke (Hoheneck), Deutsche Reichsbahn (Brandenburg-Görden), VEB Pentacon (Cottbus)

18.00 Uhr: Abendessen

19.00 Uhr: Diskussion und Erarbeitung einer Resolution

20.00 Uhr: Musikalische Impressionen aus dem Alltag eines Häftlings „Lindenhof“

Dr. Lothar Aust – Saxophonist

Sonntag, 13.9.2020

9.30 Uhr: Interne Beratung der Jury, Führung durch die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus und die Ausstellung „Hammer Zirkel Stacheldraht. Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“

11.30 Uhr: Votum der Jury, Verlesung einer Resolution der politischen Gefangenen der SED-Diktatur zur Zwangsarbeit und ihren Folgen, Diskussion

12.00 Uhr: Pressekonferenz

12.30 Uhr: Ausklang, gemeinsames Mittagessen

Wichtige Informationen zur Anmeldung

Liebe Interessenten und Interessentinnen am Tribunal „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ in Cottbus, der Kongress kann auf Grund der Corona-Pandemie leider nur mit einer begrenzten Teilnehmerzahl stattfinden. Sie können sich gerne gegen einen Unkostenbeitrag von 40€ anmelden, inklusive Unterkunft und Verpflegung. Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine Eingangsbestätigung. Sollten Sie keine Eingangsbestätigung erhalten haben, wenden Sie sich bitte an das Organisationsbüro.

Sie erhalten von uns anschließend Programm, Ortsbeschreibungen, Kontoverbindung und weitere Hinweise. Erfahrungsgemäß sagen einige wenige angemeldete Teilnehmer wieder ab. Zu diesem Zweck führen wir eine Warteliste, in die Sie sich gerne eintragen lassen können.

Wir werden die gesamte Veranstaltung per Live-Stream übertragen. Sie benötigen dazu einen Internetzugang mit einer Flatrate. Die Einzelheiten teilen wir Ihnen einige Tage vor Beginn des Tribunals auf unserer Homepage (<http://www.uokg.de/>) mit.

Adressen und Kontakt

Organisationsbüro, Tel. (01525) 8 54 41 33, tribunalcottbus@uokg.de
Hotel: Novum Hotel am Seegraben, Am Seegraben 8, 03051 Cottbus
Internet: www.novum-hotels.com/hotel-seegraben-cottbus
Tagungsort: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Bautzener Straße 140, 03050 Cottbus, Internet: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de

Geheimdienst-Keller soll saniert werden

Die Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden erhält eine Förderung in Höhe von einer Million Euro. Damit soll der sogenannte Fuchsbau, ein Keller, der vom sowjetischen Geheimdienst nach dem Zweiten Weltkrieg als Gefängnis genutzt wurde, saniert werden, wie das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus am Mittwoch mitteilte.

In dem Keller waren Gefangene unter unmenschlichen Bedingungen ohne natürliches Licht in nassen Zellen eingesperrt. „Mit den Fördermitteln für Sa-

nierungsarbeiten wollen wir die Kellergefängnisse der Gedenkstätte Bautzner Straße als Mahnmal weiter erhalten“, sagte Kulturministerin Barbara Klepsch (CDU).

1953 richtete das Ministerium für Staatssicherheit im Gebäudekomplex an der Bautzner Straße in Dresden seine Bezirkszentrale ein. Seitdem wurden dort nach Angaben des Vereins „Erkenntnis durch Erinnerung e.V.“, dem Trägerverein der Gedenkstätte, tatsächliche oder vermeintliche Nationalsozialisten, zune-

hend aber auch Regimegegner inhaftiert, vernommen und verurteilt.

Am 5. Dezember 1989 besetzten Dresdner Bürgerinnen und Bürger die Zentrale friedlich und beendeten so die Arbeit der Staatssicherheit dort – ohne Gewalt. Auch die begonnene Vernichtung der Akten der Staatssicherheit konnte so gestoppt werden. Sie lagerten dort, bis sie der Stasi-Unterlagenbehörde übergeben wurden. Heute ist ein Teil des einstigen Verfolgungs- und Überwachungskomplexes eine Gedenkstätte.

Härtefallfonds voll ausgeschöpft

(pm) Auch in diesem Jahr hat der Sächsische Landtag 100 000 Euro im Härtefallfonds für politisch Verfolgte der Sowjetischen Besatzungszone und DDR bereitgestellt. Bis zum 30. Juni 2020 konnten Betroffene einmalig bis zu 5000 Euro beantragen.

Anders als im letzten Jahr, wo 25 Anträge beim Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingingen, stellten dieses Jahr 42 ehemals politisch Verfolgte einen Antrag. Waren es im letzten Jahr überwiegend zu Schulzeiten und während des Berufslebens politisch

Verfolgte, so beantragten in diesem Jahr vor allem ehemalige politische Häftlinge finanzielle Hilfe. Die beantragte Summe betrug insgesamt 199 648,98 €.

Der Beiratsvorsitzende und Sächsische Landesbeauftragte Lutz Rathenow bewertet die hohe Nachfrage nach den Fondsleistungen: „Der Härtefallfonds in Sachsen ist ein nachhaltiger Erfolg. Eine Verstärkung der Finanzmittel für die kommenden Jahre ist deshalb geboten. Der Fonds vermag zwar keinen Ausgleich für erlittenes Unrecht leisten, bietet aber eine konkrete Hilfe für Menschen, die diese

auch als Signal erleben: der Politik sind die Opferschicksale nicht gleichgültig.“

Wie schon im letzten Jahr wurde im Beirat auch über Nachbesserungen der Vergaberichtlinie diskutiert. „Wir bringen dies zeitnah in den politischen Raum ein“, versicherte Rathenow.

Die vom Präsidium des Sächsischen Landtags beschlossene Richtlinie regelt die finanzielle Hilfe zur Linderung besonderer Notsituationen. Antragsberechtigt sind demnach alle Personen mit Wohnsitz in Sachsen, die nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert worden sind und in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind.

Allzeit bereit...,

um im September 2020 mit nach Tost/Oberschlesien zu fahren zu einer sehr besonderen Veranstaltung mit Abschluß in Auschwitz? – Eigentlich wollten wir bereits im Mai des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren gedenken, initiiert auch vom Deutschen Freundschafts-Kreis von Tost/Toszek. Coronabedingt mußte umgeplant werden auf 25.–27. 09. 2020.

Im NKWD-Lager Tost (poln. Toszek) wurden im Frühjahr 1945 über 4500 Menschen zusammengepfercht – in einem Gebäude, das ursprünglich für max. 500 Patienten bestimmt war. 3700 Häftlinge wurden aus dem permanent überfüllten „Gelben Elend“ von Bautzen hierher verlagert – Sachsen, Sachsen-Anhalter und Sudetendeutsche, darunter 60 Jugendliche und 30 Frauen – etwa 800 Schlesier waren bereits eingekerkert. Sie wurden zu schwerster Zwangsarbeit gezwungen bei völlig unzureichender Verpflegung, keinerlei Hygiene sowie körperlicher und seelischer Folter, so mancher wurde erschlagen, geht aus Berichten hervor. Die Bewacher konnten ihren Haß auf Deutsche ausleben. Innerhalb weniger Monate kamen über 3000 Häftlinge um, sie wurden namenlos in Massengräbern verscharrt. Einer dieser Toten war mein Vater, der im Lager 39 Jahre alt wurde, Vater von fünf kleinen Kindern. Erst nach dem Mauerfall in 1989 war es möglich, die Geschehnisse aufarbeiten, Namen der Häftlinge zu erfassen, eine Datenbank anzulegen, Berichte von Überlebenden dieses „Todeslagers“ zu sammeln.

Wir möchten jedenfalls – eine Woche im voraus und zwar analog – den Tag der Deutschen Einheit begehen, den das Innenministerium als „Sternstunde der Geschichte unseres Landes“ mit Schreiben vom 8.7.20 freilich so verkündete, aber Gedenkfeiern auf „pandemiebedingte digitale Gedenkformate“ eindampft. Die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ unter Vorsitz des früheren Ministerpräsidenten von Brandenburg, Matthias Platzeck, mit einem sehr anständigen Etat, plant friedliche Veranstaltungen zu diesem Jubiläumstag, digital!

Ohne die Friedliche Revolution 1989 in der DDR, ohne „Solidarność“ – in Polen ging man bereits 1980 auf die Straße – ohne den Mauerfall in ganz Europa gäbe es heute kein wiedervereinigtes Deutschland, keine EU, keine Aufarbeitung der

kommunistischen Gewaltherrschaft. Großen Dank an all die Mutigen, die dazu beigetragen haben.

Unsere Veranstaltung beginnt mit der Busfahrt von Dresden nach Tost.

25.9.2020

Abfahrt: 8.00 Uhr von Dresden, Reitbahnstraße (hinter IBIS-Hotel)

Ankunft: 15.00 Uhr Tost, Mittagessen, Besuch im ehemaligen Gefängnis und Gedenkstätte

18.00 Uhr: ökumenische, zweisprachige Andacht in der Barbarakirche mit Konzert

Übernachtung im NOVOTEL in Kattowitz

26.9.2020

09.00 Uhr: Rundfahrt nach Zgoda, Laura-Hütte, Radzionkau, Tarnowitz (wo Schlesier inhaftiert waren, deportiert wurden, starben)

Mittagessen in Tost

17.00 Uhr: Podiumsdiskussion auf der Eichendorff-Burg u.a. mit Janusz Marszałek, (ehem. Bürgermeister von Auschwitz), geplant Deutscher Generalkonsul, Warschau

20.00 Uhr: Abfahrt zum Hotel in Kattowitz

27.9.2020

9.00 Uhr: Fahrt nach Auschwitz-Birkenau, Führung von Janusz Marszałek

Rückfahrt nach Dresden. Ankunft ca. 18.00 Uhr.

Als besonderen Abschluß besuchen wir diesmal Auschwitz-Birkenau.

Neuer Vorstand

(pm)Die Vereinigung 17. Juni 1953 e.V. hat auf ihrer Mitgliederversammlung im Juni einen neuen Vorstand gewählt. Die Wahlen waren notwendig geworden, nachdem die im Vorjahr gewählte Vorsitzende überraschend im April ihren Rücktritt erklärt hatte.

Durch den Rücktritt hatte sich der Vorstand des Vereins auf eine Person redu-

Dankenswerterweise gibt es finanzielle Unterstützung vom Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie vom Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler im Sächsischen Staatsministerium des Inneren, so



Gedenkstätte Tost, Mai 2019.

daß die Kosten sehr bezahlbar sind: Busfahrten ab/bis Dresden, zwei Übernachtungen in Kattowitz/Frühstück, zwei Mittagessen in Tost, Besichtigungen, Kranz und 3 Gestecke, sowie Programm in Tost: Einzelzimmer € 155,00 p.P. / Doppelzimmer € 175,00 ab/bis Dresden.

Darüber hinaus werden gern auch Spenden für die Gedenkstättenpflege angenommen.

Im IBIS-Hotel in Dresden sind Zimmer, Selbstzahler, zu Sonderpreisen vorreserviert.

Anfrage und Buchung bei: Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945, Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg,

Tel. (040)53 32 05 99, E-Mail kraegel@uokg.de

ziert, denn der neu gewählte Geschäftsführer war bereits sechs Wochen nach seiner Wahl zurückgetreten.

Zum Vorsitzenden wurde Carl-Wolfgang Holzapfel, zur Geschäftsführerin die ehemalige Hoheneckerin Edda Sperling gewählt, als Schatzmeisterin bestätigt wurde Tatjana Sterneberg, ebenfalls ehemalige Hoheneckerin.

Offener Brief

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
D-10557 Berlin

2. Juli 2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Mitglieder der Bundes-
regierung,

mit Trauer und Entsetzen verfolge ich, als ehemaliger politischer Häftling der sozialistischen SED-Diktatur, wie die sozialistische Diktatur der KP Chinas mit ungeheurer Brutalität die Freiheitsrechte der Völker Chinas und Tibets seit 1949 zerstört und ihnen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält. Diese Partei hat in ihrer Geschichte über 35 Millionen Menschen ermordet. Nun weitet die KP Chinas ihre Diktatur auf das Gebiet von Hongkong aus, und es erfüllt mich mit Scham und Bitterkeit, daß die Bundesregierung diese Verbrechen der KP Chinas unterstützt, indem sie keine wirksamen Sanktionen dagegen beschließt, und durch ihre „Ein-

China-Politik“ sogar die Unabhängigkeit von Hongkong und Taiwan in Frage stellt.

Damit werden die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung mitschuldig an den Verbrechen der KP Chinas, wie 1989, als die Ermordung von über zweitausend Menschen auf dem Platz des Himmlischen Friedens nicht zur Solidarität mit den Menschen Chinas, sondern – bis heute – zur weiteren Anbiederung an die Diktatur der KP Chinas führte. Der immer wieder erfolgte Kotau vor Diktator Xi Jinping mit Pandabärenfotos, Unterwerfungsgesten und Schweigen zu dessen Menschenrechtsverletzungen, u.a. gegen Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo, haben diese Diktatur immer wieder ermutigt, diese verbrecherische Politik fortzusetzen und zu intensivieren!

Hiermit fordere ich sofortige Sanktionen gegen die Diktatur der KP Chinas, die Einbestellung des Botschafters der „Volksrepublik“ China und die Unterstützung der Freiheitsbewegung von Hongkong. Gleichzeitig fordere ich endlich die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen

zu Taiwan. Es ist absolut unerträglich, daß die Beziehungen zur Diktatur der KP Chinas besser sind als die Beziehungen zu dem demokratischen Rechtsstaat Taiwan. Das Argument, die Sicherheit von deutschen Arbeitsplätzen würde von den guten Wirtschaftsbeziehungen zur „Volksrepublik“ China abhängen, ist aus meiner Sicht nicht stichhaltig, denn Beziehungen sind immer zweiseitig und auch die „Volksrepublik“ China braucht Deutschland sowie die EU.

Die bisherige China-Politik ist gescheitert, weil keine Verbesserung der Menschenrechtslage erfolgt, der „Rechtsstaatsdialog“ ergebnislos geblieben ist und die Diktatur immer massiver in China, Tibet und jetzt in Hongkong wütet.

Freiheit und Demokratie müssen weltweit gelten, es ist keine Einmischung in innere Angelegenheiten, wenn gegen die Verletzung von Menschenrechten vorgegangen wird.

Hochachtungsvoll
Alexander W. Bauersfeld

Abschied

Jörg Schütze

Zum 25jährigen Jubiläum der Wiedervereinigung ließ der charismatische Ost-Berliner Bassist die Sehnsucht nach Freiheit hinter den Mauern der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen noch einmal aufleben: Mit dem Konzert „Rock Behind The Wall“ begeisterten Jörg Schütze, bekannt als „Speiche“, und seine Band „Speiches Monokel“ im September 2015 alte und neue Anhänger der rebellischen DDR-Musikszene. Den 30. Jahrestag der Deutschen Einheit erlebt die Blueslegende leider nicht mehr – im Alter von 73 Jahren verstarb Jörg Schütze am 31. Mai 2020 nach einer langen Krebserkrankung.

Geboren 1946 in Altglienicke wuchs er im Ost-Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg auf und entdeckte frühzeitig seine Leidenschaft für Jazz, Blues und Rock'n'Roll. Schütze wollte sich nichts vorschreiben lassen, trug lange Haare, lehnte die Mauer ab und verweigerte den Wehrdienst. Seinem Wunsch nach Selbstbestimmung verlieh er musikalisch Ausdruck

und spielte mit anderen in Kellern und Untergrundkneipen. Schnell geriet er mit seinem auffälligen Äußeren ins Visier der Staatssicherheit. Bespitzelt und drangsaliert, sah Schütze für sich und seine Musik keine Zukunft in der DDR. Im September 1965 scheiterte sein Fluchtversuch. Er kam in Haft, u. a. in das Ost-Berliner Polizeigefängnis Keibelstraße und wurde zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt, die er komplett verbüßen mußte.

Danach blieb die Musik sein Anker. 1976 war er Mitbegründer der Rockband „Monokel“. Für Tausende Fans wurden die Musiker zu führenden Figuren der Blues- und Kundenszene in der DDR, die sich nicht unterordnen wollten und mit ihren Texten Lebenslust und Widerstand demonstrierten. Die Bandmitglieder standen dabei unter ständiger Beobachtung der Stasi. Nach dem Mauerfall trennten sich die Wege. Schütze spielte weiter in verschiedenen Konstellationen, wie der „Monokel Blues Band“. Im Prenzlauer Berg etablierte er zudem „Speiches Rock- und Blueskneipe“ zu einer festen Institution in der Berliner Szene. Mit Jörg

Schütze geht ein Musiker, der über Generationen hinweg den Sound der unangepaßten DDR prägte, indem er mit seinen Bandkollegen 1a Kraft-Blues machte.

Jessica Steckel/Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

Operation Z

Die Ränkespiele der Stasi

In Zeiten, da Meinungen von Wissenschaftlern, Medienleuten und Politikern aufeinanderprallen, da insbesondere junge Leute nach Orientierung suchen, tut es gut, ein Buch wie „Z wie Zersetzung“ zur Hand zu nehmen. Es zeichnet sich nicht nur durch ein hohes intellektuelles Niveau aus, sondern ist auch ausgezeichnet lesbar.

Operation Z – so wurde eine besonders menschenverachtende Methode aus dem Stasi-Repertoire genannt. Angegriffen und zerstört werden sollte die Persönlichkeit eines jeden, der im Arbeiter- und Bauernstaat in irgendeiner Weise auffällig geworden und damit durch die Raster des SED-Machtanspruchs gefallen war.



.....
 Ludwig P. Fromm: *Z wie Zersetzung. Stasi und andere Verbrechen*, Steve-Holger Ludwig Verlag, Kiel 2020, 288 S., 18,90 €

In der Geschichte eines Fluchtversuchs aus der DDR und dessen Folgen wird dieses mitleidlose System exemplarisch sichtbar. Darüber hinaus ist das Buch ein zeitgeschichtliches Dokument – und ein Beitrag zur politischen Philosophie. Den gescheiterten Fluchtversuch und die nachfolgende Haft bezeichnet der Autor – sehr originell – als Reiseunterbrechung. Die Untersuchungshaft in der Erfurter Andreasstraße unterschied sich nicht von derjenigen in anderen Stasi-Gefängnissen, und sie ist von vielen anderen Autoren beschrieben worden.

Die für die Stasi-Anstalten typischen Glasbausteinwände beschreibt Fromm

aus der Sicht seiner Profession, nämlich als Architekt. Und das Ziel der Haft bei der Stasi stellt er eindringlich dar: Es ist nämlich nicht ausschließlich die Sachverhaltsanalyse, sondern in vielen Fällen vornehmlich die Selbstbeschuldigung. Also das Erzwingen von Aussagen der Inhaftierten. Fromm verweist auf die Expertise des Psychologen und ehemaligen Häftlings Hans-Eberhard Zahn, der diese ausgeklügelten Stasi-Methoden analysiert hat.

Die Zuchthäuser Cottbus und Hoheneck werden ins Bild gesetzt, und auch das „Vogelhaus“. So wurde der Sammelpunkt für diejenigen Gefangenen bezeichnet, die durch Freikauf in den Westen entlassen wurden. Am konkreten Beispiel wird der Menschenhandel beschrieben. Den Leibeigenschaftsanspruch der SED ließ sich diese mit geldwerter Leistung abkaufen. Geradezu schändlich, wie die sozialistischen Marketender ganz nach dem Motto „Time is Money“ den Preis für die zu verkaufende Ware Mensch festlegten: Nach dem verhängten Strafmaß, das wiederum abhängig war von z.B. den Investitionen in Bildung. Im Westen dann die Rückmeldung in die ehemalige Heimat: „Ich lebe noch oder ich lebe wieder“.

Also: „Reiseunterbrechung“. Wer eine solche Haft physisch und psychisch unbeschadet überstanden hatte, konnte im Nachhinein Witzchen machen – Witze, die befreiend wirkten.

Nicht nur wohlthuende Lesbarkeit zeichnet das Buch aus, sondern auch Inhalte, die man in vergleichbaren Büchern vermißt. So wird zum Beispiel ein durch die Stasi organisierter Verkauf von Lebensmitteln beschrieben, die durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl kontaminiert waren.

Die Arbeit des DDR-Geheimdienstes im Westen gegen ehemalige DDR-Bewohner wird erwähnt – ein Thema, das einer intensiven wissenschaftlichen Bearbeitung würdig ist.

Eine besondere Stärke des Buches ist es, wie die von der SED vertretene „Weltanschauung“ aller Phraseologie entkleidet und auf ihren Kern zurückgeführt wird, und zwar eindrucksvoll wie in keinem vergleichbaren Buch. „Wenn die Stasi das Ohr am Volk hatte, dann geschah das

nicht aus Empathie, nein, das vermeintlich solidarische Interesse galt ausschließlich der Machterhaltung der Regierung und den staatstragenden Institutionen eines menschenfeindlichen Systems“, so der Autor.

Und zum Selbstverständnis der SED-Funktionäre schreibt Fromm: „Sie fühlten sich allen Andersdenkenden objektiv überlegen. Die Geschichte war auf ihrer Seite. Sie waren die Fackelträger, die der Menschheit das Licht brachten. Nichts konnte sie vom Weg abbringen; nicht das Leid der Beschuldigten, nicht deren Kraft, nicht die Verzweiflung, nicht ihr ungebrochener Wille, nicht logische Argumente.“ Besser kann man das wohl nicht formulieren. Die Verbrecher fühlten sich legitimiert durch „die Geschichte“ so wie andere, noch weit schlimmere Verbrecher sich durch das Märchen von den Herrenmenschen legitimiert glaubten.

Anschaulich illustriert der Autor zudem, wie die Ideologie der SED in der Sprache Gestalt annahm. Und man muß hinzufügen, daß auch heute davon manches noch oder wieder lebt. Man denke nur an den Faschismusbegriff (statt „Nationalsozialismus“). Als Berlin noch geteilt war, geisterte die Stasi im Westteil, etwa in Kreuzberg oder in Steglitz, herum und zwar in Form der Besucherbüros. Die im Buch genannten Häftlinge nahmen dies mit Entsetzen zur Kenntnis. „Wer sagt mir, daß wir nicht unversehens morgen alle DDR-Bürger sind?“ Ein Beleg dafür, welche Gefahr damals gefühlt wurde.

Fromm zitiert Wolf Biermann mit seinem Text: „Du, laß dich nicht verhärten in dieser harten Zeit.“ Das war damals aktuell, und es ist auch heute richtungsweisend. Das Buch enthält Bilder von Gefangenen, zum Beispiel im Gefangenentransportwagen (GTW). Zeichnungen, die an böse Zeiten erinnern. Man kann sich aussuchen, welche Zeit oder welche Zeiten gemeint sind. Die Anmerkungen zur Sprachlogik der SED lassen Analogie zu heutigen Problemen erkennen. Über Sprachpolizeien läßt sich das Notwendige bei Orwell nachlesen. Das Buch ist ein wesentlicher Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Teilungsgeschichte, und es ist hochaktuell. Nicht nur im Hinblick auf ehemalige DDR-Häftlinge ist ihm große Verbreitung zu wünschen. Und im Hinblick auf junge Leute, die an deutscher Teilungsgeschichte zu interessieren sind, kann man vielleicht an das nächste Weihnachtsfest denken.

Bernd Lippmann

Eine Hoffnung lernte laufen

Für seine Verdienste bei der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 wurde der Geschäftsführer Diakonie Mecklenburgische Seenplatte, Christoph de Boor, Anfang des Jahres vom Land mit dem Landesorden Mecklenburg-Vorpommern geehrt.

Weil es am 16. Oktober 1989 in Waren nach der Fürbittandacht „Eine Hoffnung lernt laufen“ in der Georgenkirche mit einem gemeinsamen Gang zur Marienkirche eine erste Demonstration in M-V gab, wurde dieser Tag 2019 in Waren in beiden Kirchen vom ganzen Land gefeiert.

Mit den Vorbereitungen dazu kam Christoph de Boor auf die gute Idee, Erinnerungen der vielen Beteiligten am Gelingen der Wende in einem Buch zu sammeln und für Jüngere zu bewahren.

Seine Bitte fand Gehör und auch im Rathaus und bei „Müritz-Buch“ Hilfe. Im Juni



.....
 Jürgen Kniesz (Hg.): *Herbst '89 in Waren (Müritz). Zeitzeugen berichten über die Friedliche Revolution*, Jeetzel Verlag 2020, 420 S., 16,80 €

2020 konnte das Buch „Herbst '89 in Waren (Müritz)“ im Rathaus übergeben werden.

Es berichtet von vielen mutigen Aktivitäten zur Sicherung von vakanten MfS-, Partei- und Staatsliegenschaften, aber auch von persönlichen Unrechts-Erlebnissen in jenem Jahr und fügt Stasi-Berichte an. Als Ehefrau eines 1952 mit Familie vom Schaalsee Zwangsausgesiedelten haben mir die Berichte gut getan. Ein lezenswertes Buch für Ost und West.

Gisela Bauer

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kall-



Herbstjahr

(VT) So heißt der neue Roman von Ralph Grüneberger. Darin beschreibt der gebürtige Leipziger die letzten Monate der DDR aus der Sicht dreier junger Menschen. Im Mittelpunkt steht Jesse, Sohn eines SED-Funktionärs, der eher zufällig in eine der ersten großen Montagsdemonstrationen in der Messestadt gerät – und dort erst-

mals das brutale Vorgehen des Staates miterlebt. Volkspolizisten schlagen auf Demonstranten ein. Wasserwerfer schießen in die Menge. Die Attackierten wehren sich. Es gibt Verletzte auf beiden Seiten.

In Grünebergers Buch wirft die Gewalt den jungen Jesse aus seiner gewohnten Bahn. Die Auseinandersetzungen mit dem linientreuen Vater häufen sich. Jesse lernt Menschen vom Neuen Forum kennen, engagiert sich. Es ist die Zeit, als der Staat noch einmal aufrüstet und die Bevölkerung warnt, die „Werte und Errungenschaften des Sozialismus“ notfalls auch mit der Waffe zu verteidigen. Viele rechnen mit dem Schlimmsten und gehen dennoch auf die Straße – unter ihnen: Jesse.

In seinem Roman gelingt es Ralph Grüneberger, anhand der Erlebnisse seines Protagonisten, den Zeitgeist der letzten Monate der DDR anschaulich einzufangen. „Herbstjahr“ erzählt dennoch keine Heldengeschichte, die in Jubel und Freudentränen mit dem Mauerfall endet. Vielmehr erleben Jesse und seine Freunde nach einer berausenden Aufbruchstimmung im Herbst 1989, was Millionen Ostdeutsche erlebten, als Betriebe praktisch über Nacht nicht mehr konkurrenzfähig waren und abgewickelt wurden, als Existenzen zerbrachen und mit ihnen Freundschaften und Ehen.



.....
 Ralph Grüneberger: *Herbstjahr*, Gmeiner Verlag 2019, 314 S., 14,- €

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 15 28 58
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Do, 12–19 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

weit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Horst Ahrens, Marianne Allrich, Gisela Bauer, Lisa Elli Berndt, Hans-Jürgen Besch, Dr. Wilfried Boelke, Dr. Wolf Erler, Michael Faber, Hans-Christoph Flade, Helmut Heim, Dorothea Hinz, Detlef Linde, Ilsemarie Lorenz, Annemarie Lüdicke, Fritz Mathei, Roland Ode, Dr. Bert Pampel, Ute Rast, Hans-Helmut Rösler, Richard Schmidt, Fritz Schüler, Siegfried u. Karin Schulz, Horst-Hermann Süßmilch, Arthur Walter

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Die gute alte Zeit wird mit der Zeit
immer älter und besser.

Alfred Oder

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 15 28 58 **neu!**
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE3333

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 4. August 2020

